

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 34.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 26. August 1911.

Redakteur: H. Heintmann, Düsseldorf, Corneliustr. 36. Expedition u. Druck von Joh. van Veen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

13. Jahrg.

Selber Wirken!

Wer das Rechte kann, der soll es wollen,
Wer das Rechte will, der soll' es können,
Und ein jeder kann's, der sich bescheidet,
Schöpfer seines Glücks zu sein im Kleinen. . . .
Fromm ersehnt Segen auch von oben,
Aber Hilfe schafft auch tätig wirkend selber.

Goethe.

Arbeitervereine und Gewerkschaften.

Seit Jahren ist dem gegenseitigen Hand-in-Hand-Arbeiten, der Waffenbrüderschaft zwischen konfessionellen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften das Wort geredet worden. Nicht ohne großen Erfolg. In dem einträchtigen Zusammenarbeiten beider Organisationen liegt der Schlüssel zu dem geistigen, rechtlichen, all-gemein sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg, den die christlich-nationale Arbeiter-schaft in dem letzten Jahrzehnt hat voll-ziehen können. Daß es hier und da an diesem einträchtigen Zusammenwirken mangelt, ändert nichts an dem guten Gesamterhältnis und seinen unver-fermtbar großen Erfolgen.

In der christlich-nationalen Arbeiterbewegung haben sich Arbeitervereine und Gewerkschaften gegen-seitig gestützt und gehoben, haben die in Zweck und Organisation verschiedenartigen Träger der christlichen Arbeiterbestrebungen einen gemeinsamen Untergrund, einen in gewissem Sinne einheitlichen Ausdruck, eine größere Durchschlags- und Werbekraft, hat die christ-liche Sozialreform einen einheitlichen, kräftigen Resonanzboden erhalten. Leider ist nicht in allen christlichen Arbeiterkreisen das Bewußtsein von der großen Bedeutung dieser Sache lebendig: weder in allen Kreisen der Arbeitervereine noch der Gewerk-schaften. Sonst hätten mehr Arbeitervereinsmitglieder den Anschluß an die christlichen Gewerkschaften voll-zogen, hätten aber auch mehr christliche Gewerk-schaftler den Weg in die konfessionellen Arbeitervereine gefunden.

Die christlichen Gewerkschaften verdanken den konfessionellen Arbeitervereinen ungeheuer viel. Die konfessionellen Arbeitervereine haben den christlichen Gewerkschaften den Boden vorbereitet, in dem sie Wurzel schlagen konnten, diejenige Stimmung geschaffen, die zur Gründung von christlichen Berufs-organisationen vorhanden sein mußte. Wer in den Fachabteilungen oder Diskussionsstunden zahlreicher konfessioneller Arbeitervereine der 90er Jahre mit-gewirkt hat, weiß, daß hier der Gedanke einer christlichen, interkonfessionellen Berufsorganisation mit rein wirtschaftlichen Zwecken, der unklar und unbestimmt in den Köpfen und Herzen vieler Ar-beiter schlummerte, zuerst zum Ausdruck kam, nach Klarheit rang und endlich Verwirklichung fand. Ohne die Vorarbeit der konfessionellen Arbeiter-vereine hätten wir vielleicht keine christlichen Berufs-verbände bekommen. Aus ihnen gingen die Männer hervor, die all die vielen Hindernisse aus dem Wege zu räumen oder sie einfach zu überflummern mußten, jene Männer, die mit idealer Hingabe der Sache dienten, die uns Vorbilder und Wegweiser waren und zum Teil noch sind.

Auch heute noch sind uns in vieler Beziehung die Arbeitervereine dasselbe. Wir machen immer die Erfahrung, daß in einem Orte oder in einem ganzen Landesgebiete eine lebenskräftige Gewerkschaft so lange nicht aufkommen will, als keine gesunde

Arbeitervereinsbewegung den notwendigen Rückhalt bietet. Die Arbeitervereinsbewegung stützt und durchdringt lebendig die Gewerkschaft, wie um-gekehrt die Gewerkschaftsbewegung den Arbeiterverein stützt und mit frischem, lebhaftem Geiste durchdringt. In zahlreichen Orten leisten auch heute die Arbeiter-vereine noch direkt die agitatorische und organi-satorische Arbeit für die Gewerkschaft. Nur durch den Arbeiterverein konnte in manchen Orten die Gewerkschaft Eingang finden.

Die Arbeitervereine sind uns große Rekruti-erungsschulen gewesen und sind es heute noch. Naturgemäß führt die Agitation für den Verband immer wieder zuallererst in den Arbeiterverein. Da ist ein natürliches Agitationsfeld für uns.

Nach einer Statistik des Westdeutschen Verbandes der katholischen Arbeitervereine waren in den Vereinen des Verbandsbezirks, soweit festgestellt werden konnte, von den Mitgliedern 39478 = 29,35% in den christlichen Gewerk-schaften organisiert. Bei der Berechnung mußten allerdings 36702 Mitglieder in Abzug gebracht werden, da 262 Vereine über die Organisationszugehörigkeit ihrer Mitglieder keine oder nur schätzungsweise Angaben machten. Den höchsten Prozentsatz mit 55,54% weist der Diözesanverband Hildesheim auf. Dann folgt Münster mit 35,16%, Osnabrück mit 34%, Paderborn mit 29,33%, Fulda mit 27,50%, Köln mit 25,46% und Limburg mit 20,52%. In den Knappenvereinen sind die Mitglieder stellenweise sogar bis zu 100% im Gewerk-verein christlicher Bergarbeiter organisiert.

Gewiß, der Prozentsatz kann uns nicht befriedigen. Es kann nicht bestritten werden, daß an manchen Orten in den Arbeitervereinen aus allerlei Rücksichten die Förderung der christlichen Gewerkschaftsbewegung etwas lag gehandhabt wird. Hier muß zweifellos seitens der Arbeitervereine eine konsequente Auf-klärungsarbeit betrieben werden, damit auch diese Arbeiter für den Gewerkschaftsgedanken gewonnen werden. Aber müssen wir uns auch nicht mal fragen: Ist denn der prozentuale Anteil der Gewerkschaftler an der Mitgliedschaft in den konfessionellen Arbeiter-vereinen befriedigend?

Wiel wichtiger denn als Rekrutierungsfelder sind uns die Arbeitervereine als Erziehungsanstalten. Sie haben der Arbeiterschaft den ersten Anreiz zum sozialen und damit konsequenterweise zum gewerk-schaftlichen Denken und Handeln gegeben. Sie haben ihren großen Anteil an dem erfreulichen Weise vor-handenen unterschiedenen sozialen Denken und Handeln der Menschen unserer Zeit überhaupt. Wer möchte den großen Einfluß der „Westdeutschen Arbeiter-zeitung“ nach dieser Richtung hin verkennen. Die direkte gewerkschaftliche Erziehung der Arbeitervereine ist unberechenbar. Ihre allgemeine soziale Erziehungs-arbeit befruchtet unser Gewerkschaftsleben, gibt der ganzen Sozialpolitik innerhalb der Arbeiterschaft erst Wert und Sinn und Richtung, nimmt dem Sozialis-mus in weiten Arbeiterkreisen den Glorienschein und hemmt seine Werbekraft. Durch die Erziehung zu reiner, ungetriebener Häuslichkeit, die Pflege der Ver-edelung der Lebenshaltung der Arbeiter, erhöhen die Arbeitervereine den Wert der von den Gewerkschaften errungenen materiellen Güter. Die in dem letzten Jahre besonders gepflegte staatsbürgerliche Schulung kommt indirekt den Gewerkschaften wieder zugute. Kollege Stegerwald wies kürzlich erst in einem besonderen Aufsatze eindringlich auf diese Sache hin. Sollte das gute Verhältnis zwischen Arbeitervereinen und Gewerkschaften bestehen bleiben, „so werden die katholischen Arbeitervereine in ihrer Gesamtheit — von den evangelischen brauche ich hier nicht zu reden — die staatsbürgerliche Schulung der Arbeiter viel intensiver und planmäßiger be-treiben müssen. Die Agitation für die sozialdemo-kratrischen Gewerkschaften wird in letzter Zeit viel mehr mit politischen als mit berufswirtschaftlichen Fragen betrieben. Diese Agitationsmethode wird sich, je mehr die Tarifierung des Arbeitsverhält-nisses sich durchsetzt und je mehr an die Stelle kurz-fristiger langfristige Tarifverträge treten, in steigendem Maße einbürgern. Für Organisationen,

die, wie eine Anzahl sozialdemokratischer Verbände, infolge des durchgeführten strengen Zentralisations-prinzips Hunderttausende von Mitgliedern umfassen — eine Erscheinung, wie wir sie fast in keinem anderen Lande vorfinden —, gibt es ja nichts näher-liegendes, als während des langfristigen Tarif-vertrags die Massen mit politischen Vorgängen zu beschäftigen. So werden künftig politische Vor-gänge in steigendem Maße den Gesprächs-stoff der Arbeiter auf den Arbeitsplätzen und bei sonstigen Gelegenheiten bilden. Sind dann die nichtsozialdemokratischen Arbeiter nicht in erforder-lichem Maße aufgeklärt, so stellen sie klagliche Figuren dar oder aber sie fallen der sozialdemokra-tischen Agitation zum Opfer. Und derjenige Arbeiter, der sich zur Sozialdemokratie bekennt, geht selbst-verständlich auch der christlichen Gewerkschafts-bewegung verloren. Aus diesen Gründen haben die christlichen Gewerkschaften ein lebhaftes Interesse daran, daß jene Fragen, die nicht zum Aufgaben-gebiet der christlichen Gewerkschaftsbewegung gehören, die vielmehr den konfessionellen Arbeitervereinen überwiesen wurden, ebenfalls den jeweiligen Bedürf-nissen entsprechend in Angriff genommen werden.“

Ramentlich kommt aber für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung die religiöse Seite der Arbeitervereine in Betracht. Die christlichen Gewerk-schaften bilden eine rein wirtschaftliche Bewegung. Aber die Träger dieser Bewegung müssen Per-sönlichkeiten sein, innerlich fest fundamentierte Charaktere. Nur Männer und Frauen, die den Boden einer festen, unverrückbaren Weltanschauung unter den Füßen haben, nur Männer und Frauen mit tiefer religiöser Innerlichkeit können den christ-lichen Gewerkschaftsgedanken in seiner ganzen Tiefe und Schönheit erfassen und in selbstloser Hingabe unbekümmert aller Schwierigkeiten unter Aufwendung großer zeitlicher, geldlicher und persönlicher Opfer verfechten und verbreiten helfen. Solche Männer und Frauen erziehen die konfessionellen Arbeiter- bzw. Arbeiterinnenvereine. Die Arbeiter-vereine sind die Quellen, aus denen der Idealismus in vollen Strömen in die christlichen Gewerkschaften hineinfluten kann. Verlieren die konfessionellen Arbeitervereine an Kraft und Bedeutung, dann schwimmt auch den christlichen Gewerkschaften der Boden unter den Füßen weg.

Wo an einem Orte ein einträchtiges Zu-sammenarbeiten zwischen Arbeitervereinen und Gewerkschaften zu verzeichnen ist, da geht es auch mit der Gewerkschaftsbewegung voran, da gewinnt auch diese an Ansehen und an Arbeitsfähigkeit. Nur dann werden die gesamten Arbeiterinteressen genügend gewahrt werden können.

Warum wir hier skizzenhaft einige der Vorteile, die die konfessionellen Arbeitervereine für die christlichen Gewerkschaften bieten, einseitig ge-schildert haben? Um diejenigen unserer Mitglieder, die es notwendig haben, zu einer höheren Wert-schätzung der Arbeitervereine, zum Eintritt in die-selben und zu einer kräftigen Agitation für sie zu veranlassen. Wir haben zahlreiche Mitglieder, die den Beitritt zu einem Arbeiterverein noch nicht für notwendig gehalten haben, zum großen Nachteil unserer Gewerkschaftsbewegung. Jede Stärkung der Arbeitervereine ist eine Kräftigung des Gewerkschafts-bodens, durch jene gewinnt die Gewerkschaft an Stärke, Stoßkraft, Ansehen und Bedeutung. Darum sollen wir nicht bloß immer rufen: Arbeitervereine, agitiert für die Gewerkschaften! sondern auch mal recht kräftig und recht häufig: Gewerkschaftler, werbet für die konfessionellen Arbeitervereine!

Sozialdemokratische Partei und „freie“ Gewerkschaften.

Das Vorgehen des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes gelegentlich des Tarifbruchs der Scherl'schen Maschinenmeister gab bekanntlich einem Teil der sozialdemokratischen Parteipresse Veranlassung, über den genannten Verband herzufallen. Der „Korrespondent“, das Organ des Buchdruckerverbandes, gab die Liebe zurück, wobei ihm das „Correspondenzblatt“ der „freien“ Gewerkschaften sekundierte. Nun beginnt der Streit weitere Kreise zu ziehen. Die liberale „Littauer Morgenzeitung“ war in der Lage, ein vertrauliches Zirkular des sozialdemokratischen Parteivorstandes an die Parteipresse zu veröffentlichen, aus dem sich ergibt, daß die Generalkommission sich mit der Absicht trug, im „Correspondenzblatt“ gegen das Verhalten gewisser Parteiblätter öffentlich zu protestieren. In der Erklärung der Generalkommission heißt es:

„Die Vorfälle im Berliner Buchdruckergerwerb und die daraus entstandenen Differenzen im Verbands der deutschen Buchdrucker haben in den letzten Wochen die Arbeiterpresse allgemein beschäftigt. Dabei haben einige Parteiblätter eine Haltung eingenommen, die im schärfsten Gegensatz zu den Bestrebungen steht, die ein friedliches Nebeneinanderarbeiten von Partei und Gewerkschaften fördern sollen.“

In der Erklärung werden dann ausführliche Beispiele dieser verheerenden Tätigkeit der Parteipresse gegeben. So habe die „Freie Presse“ in Elberfeld u. a. geschrieben:

„Im übrigen ist der diänetische Ton, in dem die unbequeme Kritik der Arbeiterpresse an dem Tarifamtstreiche abgetan wird, sehr charakteristisch. Ein derartiges Schindluderpiel, wie es die Buchdruckerverbands-Oberbunzen mit den Arbeiterinteressen getrieben haben, zu brandmarken, wird nach wie vor die Aufgabe der Arbeiterpresse sein, ganz gleich, ob es den Tarifanatikern recht ist oder nicht.“

Und das Solinger sozialdemokratische Parteiblatt habe von dem Beschluß der Gauleiterkonferenz u. a. gesagt:

„Das ist nicht die Sprache einer selbstbewußten, freien und demokratisch verwalteten Arbeiterorganisation, die auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes steht, sondern die Sprache einer gelben Streikbrecherorganisation, die sich als Schutztruppe des Unternehmers fühlt.“

Die Erklärung gibt noch ähnliche, in der Form mildere, in der Tendenz gleiche Proben aus der Parteipresse und fährt dann fort:

„Die Generalkommission erhebt gegen diese Behandlung einer ihr angeschlossenen Organisation entschiedenen Protest; sie wird genötigt sein, wenn die hier gekennzeichnete Kritik in einem Teile der Parteipresse fortgesetzt wird, diejenige Zurückhaltung in der Antwort auf dieses Verhalten aufzugeben, die ihr bisher zur Aufrechterhaltung eines friedlichen Verhältnisses geboten erschien. Es kann nicht Aufgabe der Parteipresse sein, zur Verschärfung der innerhalb einzelner Gewerkschaften entstehenden Differenzen beizutragen. Die Generalkommission erwartet von der Parteipresse, daß sie auch dem Buchdruckerverbande gegenüber die Haltung einnimmt, die dem Frieden in der Arbeiterbewegung dient, und sich aus den Beschlüssen des Mannheimer Parteitages ergibt, wonach Partei und Gewerkschaften „in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen“ sind.“

Gemäß dem 1906 auf dem Parteitag zu Mannheim gefaßten Beschluß, bei Aktionen, die die Interessen der Partei und der Gewerkschaften gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen“, wandte sich die Generalkommission vor der Veröffentlichung an den Parteivorstand. Dem war die geplante Veröffentlichung dieser Erklärung offenbar fürchtbar unangenehm. Man fürchtete Weiterungen, die schließlich auf dem nahe bevorstehenden Parteitag zu scharfen Auseinandersetzungen führen könnten. Und diese sollen doch mit Rücksicht auf die kommenden Reichstagswahlen möglichst vermieden werden. So ersuchte der Parteivorstand die Generalkommission, von einer Veröffentlichung der Erklärung abzusehen und wandte sich dann seinerseits in folgendem Rundschreiben, dem die Erklärung der Generalkommission beigelegt war, an die Parteipresse:

„Da uns in der gegenwärtigen politischen Situation eine öffentliche Diskussion dieser Beschwerden den Interessen der Arbeiterbewegung nicht förderlich erscheint, haben wir die Generalkommission der Gewerkschaften ersucht, von der Veröffentlichung dieser Erklärung abzusehen und uns abzuhalten, die Parteipresse durch ein Zirkular von der beabsichtigten Erklärung in Kenntnis zu setzen. Wir haben der Generalkommission der Gewerkschaften gleichzeitig erklärt, daß wir ihre Beschwerde über die gehässige Schreibweise der angelegenen Parteiblätter für durchaus berechtigt halten. Eine solche Schreibweise widerspricht nicht nur den Grundsätzen der Mannheimer Resolution, sondern steht auch im schroffen Widerspruch zu dem Jenaer Parteitagsbeschlusse über die Pressefragen, in dem der Parteitag gegen eine gehässige, persönlich verletzende Art der Diskussion Einspruch erhob und es weiter heißt: „Der Parteitag erklärt deshalb mit allem Nachdruck, daß dieser Art der Diskussion ein Ziel zu setzen ist, daß aber selbstverständlich der sachlichen Kritik der weiteste Spielraum gelassen werden muß.“ Wir ersuchen die Redaktionen der Parteipresse, die Jenaer Resolution bei Polemiken zu beachten.“

Dieses Rundschreiben dokumentiert aufs neue die innige Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaften. Interessant ist, daß sich der Parteivorstand auf den Jenaer Parteitagsbeschlusse über die Pressefragen beruft. Dieser bezieht sich auf Auseinander-

setzungen innerhalb der Partei. Die „freien“ Gewerkschaften — einschließlich des Buchdruckerverbandes — werden also ohne weiteres der Partei, und die Gewerkschaftspresse — einschließlich des „Korrespondenten“ — der Parteipresse zugezählt. Das zeigt, wie man innerhalb der Partei und Gewerkschaftskreise selbst über die „Neutralität“ der „freien“ Gewerkschaften denkt. Wie aber verhält sich das mit der statutarischen und vertraglichen Neutralität des Buchdruckerverbandes? Nach den Beschlüssen des Mannheimer Parteitages schrieb der frühere Korrespondent-Redakteur Mezger in seinem Organ: „Entweder wir bleiben der Generalkommission angeschlossen und geben das Obium der Neutralität auf, oder, wenn wir glauben, das nicht zu können, dann müssen wir die Konsequenzen aus der Neutralität ziehen und der Generalkommission fernbleiben.“ Der Verband jedoch tat keines. Er blieb der Generalkommission angeschlossen und versuchte auch fernerhin Neutralität zu heucheln. Ja, neuerdings tauchen sogar in Verbandskreisen erneut Monopolgelüste auf. Man will mit allen Mitteln dahin arbeiten, daß der „Gutenbergbund“ nicht als Tarifkontrahent anerkannt werde. Hoffentlich wird auch diesmal wieder dem Verbands ein dicker Strich durch die Rechnung gemacht. Es wäre auch dringend zu wünschen, daß auch die christlich gesinnten Verbandsmitglieder endlich dazu übergingen, aus der Stellung des Buchdruckerverbandes die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Ein Unterschied zwischen diesem und den übrigen sozialdemokratischen Organisationen hinsichtlich der Neutralitätsfrage kann heute doch wahrhaftig nicht mehr gemacht werden.

Die Mahnung des Parteivorstandes scheint indes bei den gerüffelten Redaktionen wenig Gegenliebe gefunden zu haben. Diese erheben energischen Protest gegen das Vorgehen des Parteivorstandes und sandten diesem nachstehende Erklärung zu:

In eigener Sache.

Die unterzeichneten Redaktionen legen entschiedene Verwahrung ein gegen die Erklärung der Generalkommission der Gewerkschaften und gegen das Zirkular des Parteivorstandes, die sich mit der Haltung der Parteipresse zum Konflikt der Berliner Buchdruckergerwerb befassen. Sie erblicken darin den Versuch, jegliche Kritik an den Maßnahmen leitender Gewerkschaftsinstanzen zu unterbinden. Die Versicherung, nur unsachliche Kritik verfehmen zu wollen, kann nur als Vorwand betrachtet werden, da in der Erklärung der Generalkommission ausdrücklich auch die in der Form absolut sachliche Kritik der „Freien Arbeiterzeitung“ als gewerkschaftsschädigend hingestellt und direkt gesagt wird, die Tendenz solle getroffen werden. Es ist also gar nicht die angeblich unsachliche Form der Kritik, sondern die Kritik selbst, die man verbieten möchte.

Wenn sich Generalkommission und Parteivorstand dabei auf die Mannheimer Resolution über Partei und Gewerkschaften sowie auf die Jenaer Resolution über die Pressepolitik in der Partei berufen, so geschieht das in beiden Fällen ohne jede Berechtigung. Es handelte sich nicht — wie eine Anwendung der Mannheimer Resolution voraussetzt — um eine gewerkschaftliche Aktion gegen das Unternehmertum, sondern um das Verhalten einer Gewerkschaftsleitung gegenüber den eigenen Verbandsmitgliedern, das im schärfsten Gegensatz zur Mannheimer Resolution nicht „von dem Geiste der Sozialdemokratie erfüllt“ war, so daß umgekehrt die Parteipresse, die dies Verhalten rügte, sich dabei hätte auf die Mannheimer Resolution berufen können. Die Jenaer Resolution über die Pressepolitik bezieht sich auf Auseinandersetzungen innerhalb der Partei und dürfte schwerlich von den Gewerkschaften ohne weiteres als für sie verbindlich anerkannt werden; mithin fällt auch ihre Anwendbarkeit im vorliegenden Falle, in dem es sich nicht um innere Parteifragen handelte, sondern um eine Auseinandersetzung zwischen Parteiblättern und Gewerkschaftsinstanzen. Das Vorgehen von Generalkommission und Parteivorstand ist weiter im höchsten Grade illoyal, da es sich lediglich gegen die eine Seite — die Parteipresse — wendet, während die andere Seite — besonders der „Korrespondent“, das Organ des Buchdruckerverbandes — mit keinem Worte gerügt wird, trotzdem von ihr unausgesetzt spaltenlange Artikel und heftige Reden, gespickt mit Verbotinjurien allergrößten Kalibers, gegen ihre Widersacher losgelassen worden sind, Injurien, die sowohl an Zahl wie an „Qualität“ alles überbieten, was von der Parteipresse gesagt worden ist.

Die Generalkommission kann um so weniger als Hüterin des guten Zones bei Polemiken zwischen Partei und Gewerkschaften anerkannt werden, als Mitglieder dieser Körperschaft in den bekannnten Polemiken gegen den Genossen Rautsky wegen dessen „Weg zur Macht“ und gegen den Genossen Rannowel wegen dessen Stellungnahme zum Thema „Massen und Führer“ die denkbar schlechtesten Beispiele unsachlicher Kampfesweise geliefert haben. Da bei diesen Gelegenheiten der Parteivorstand weder die Mannheimer noch die Jenaer Resolution entdacht hat, erweist sein jetziges völlig unmotiviertes Eingreifen den Eindruck, daß er sich in einer wenig würdigen Abhängigkeit von der Generalkommission befindet.

Die unterzeichneten Redaktionen bedauern, daß der Parteivorstand versucht hat, die Veröffentlichung der Erklärung der Generalkommission zu verhindern, da mit solcher Geheimnistuerei erfahrungsgemäß der beabsichtigte Zweck niemals erreicht wird. Sie erklären zum Schluß mit aller Bestimmtheit, daß sie sich solchen Bevormundungsversuchen, wie sie von Generalkommission und Parteivorstand im vorliegenden Falle unternommen worden sind, keinesfalls fügen werden.

Die Redaktionen der niederrheinischen Parteiorane:

„Arbeiterzeitung“, Essen, „Bergische Arbeiterstimme“, Solingen, „Freie Presse“, Elberfeld, „Niederrheinische Volkstribüne“, Krefeld, „Rheinischer Arbeiterzeitung“, „Volksstimme“, Südenscheid, „Volkszeitung“, Düsseldorf.

Was uns an dieser Erklärung vor allem interessiert, ist, daß die Parteipresse sich nur dann für verpflichtet hält, auf die sozialdemokratischen Gewerkschaften Rücksicht zu nehmen, wenn es gegen den gemeinsamen Feind, das Unternehmertum geht. Handelt es sich hingegen um Vorgänge innerhalb der genannten Gewerkschaften selbst, dann nimmt die Parteipresse auch fernerhin das Recht für sich in Anspruch, den Gewerkschaften Fußtritte zu verlegen. Sie fühlt sich eben berufen, dem „Gewerkschaftskretinismus“ entgegenzuwirken und die „revolutionäre Energie“ wach zu halten. Darum sind Konflikte, wie sie jetzt wieder zwischen Organisationsrichtungen ausgebrochen sind, unvermeidlich.

Jammernde Genossen.

In den Artikeln des „Textilarbeiters“ wird behauptet, wenn die Genossen in ihren Versammlungen parteipolitische Fragen erörtern, würde „christliche Nächstenliebe es dazu bringen, daß sie bei der hohen Behörde denunziert würden“. Einfältiger „Textilarbeiter“! Du schließtest von dir auf andere. Solcher erbärmlichen Handlungsweise kann man niemanden der Gladbacher christlichen Dunkelmänner“ bezichtigen. Dies bringen nur Mitglieder des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes fertig, wie es in Schmiedeburg im Riesengebirge geschehen ist. Dort ließ der christliche Textilarbeiterverband Einladungszettel für eine Gewerkschaftsversammlung für den 23. Februar d. J. zur Verteilung bringen. Dies allein schon hatte die Genossen in helle Wut versetzt und schnurstracks lief einer der ihrigen zur Polizei und brachte die Anzeige, daß die christlichen Gewerkschaften Flugblätter verteilen, die den gesetzlichen Bestimmungen nicht genügen. Was sagst du zu diesem Denunziationen eines Genossen, verehrter „Textilarbeiter“? Also, wer im Glashause sitzt . . .

Der „Textilarbeiter“ versucht dann aber selbst, die christlichen Gewerkschaften zu denunzieren. „Lafache ist“, so schreibt er, „daß im christlichen Lager parteipolitische Erörterungen nicht ausgeschlossen werden.“ Beweis: „Der Abgeordnete Wiesberts hat unlängst vor Vertrauensleuten der christlichen Gewerkschaften in M.-Glabach im Gefellenhause einen politischen Vortrag im Sinne des Zentrums gehalten.“ Nach vielem Hin und Her versucht dann der „Textilarbeiter“ plausibel zu machen, daß die Vertrauensleute der Zentrumspartei und der christlichen Gewerkschaften nur die Hilfspolizei der Zentrumspartei seien. Von allzugroßer Logik zeugt so was nicht, stimmt aber auch wieder nicht. Zur Entschuldigung für dieses Geschreibsel lassen wir aber die übergroße Hitze als mildernden Umstand gelten. Da wir nun aber einmal so „boshafte“ Leute sind, wollen wir den „Textilarbeiter“ über die Versammlung, die wie ein Alp auf ihm lastet, aufklären. Also aufgepaßt, „Textilarbeiter“! Der Abgeordnete Wiesberts behandelte am 5. März d. J. in einer Versammlung der Vertrauensleute der christlichen Gewerkschaften das Thema: „Die augenblickliche Lage der christlichen Gewerkschaften und die Bekämpfung derselben von seiten der Sozialdemokratie. Welche Aufgaben entwickeln sich hieraus für unsere Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute?“ Das ist das zentrumpolitische Referat unseres Kollegen Wiesberts. Doch wollen wir gerne eingestehen, daß das Referat nicht schmeichelhaft für die Sozialdemokratie und deren Basallen, die sozialdemokratischen Gewerkschaften, war. Wir haben aber im Sinne der trefflichen Ausführungen Wiesberts gehandelt und sind dabei gut gefahren.

Nun aber, o Graus! Ein Liedchen kann der „rote“ „Textilarbeiter“ darüber aus M.-Glabach singen, wie Angehörige von „freien“ Mitgliedern: Eltern, Geschwister, Kinder und Verwandte, dazu mißbraucht worden sind, das Mitglied zu bewegen, aus dem „roten“ Verbände auszutreten. Und sie haben es auch mehrfach erreicht, weil das Mitglied nicht zulassen konnte, daß Zwietracht sich in der Familie dauernd erhalte. Da haben wir! Der „rote“ „Textilarbeiter“ ist besorgt über den Frieden innerhalb der Familien Glabbachs. O du Flunzerer! Spottest deiner selbst und weißt nicht wie. Nicht der Familienfriede macht dir Sorge, sondern, daß die Christlichen bei ihrer Agitation den „deutschen“ Verband als dasjenige kennzeichnen, was er in Wirklichkeit ist: der getreue Stiefelpuger der sozialdemokratischen Partei, und daß diese Aufklärungsarbeit so manchem die Augen öffnete und viele veranlaßte, dem „roten“ Verbände den Rücken zu kehren. Das ist es, was dir die Feder zu dem Jammergehrschrei in die Hand gedrückt hat.

Aber das Schlimmste! Bei der Firma Achter u. Gels hat folgendes „Gebichtchen“ auf der Abthür gestanden:

Es ist fürwahr eine große Schand,
Daß ihr roten Hunde noch Arbeit habt,
Verhungern müßt ihr mit Weib und Kind,
Die Strafe war für euch noch viel zu find.“

Das, so ruft der „Textilarbeiter“ entrüstet aus, sind die „Früchte der christlichen Erziehung“. Denn so was kann doch nur ein Christlicher geschrieben haben. Diese freche Behauptung poßant der „Textilarbeiter“ ohne die allerkleinste Spur eines Beweises mit heuchlerischem Augenaufschlag in die Welt hinein. Man soll uns doch einmal mit Namen dienen oder auch nur die kleinste Andeutung machen, welcher Christliche mit der

Schreiberei in Verbindung gebracht werden könnte. Davor wird man sich hüten. Tatsache aber ist, daß einer unserer Kollegen das Geschreibsel ausgewischt hat.

Das „Gebichtchen“ an sich läßt erkennen, daß es nicht einer christlichen Seele, sondern eher einem von Fanatismus maltraktierten Gehirn entfloßen ist, da es den Zoten des „Wahren Jakob“ ähnelt.

Der „Textilarbeiter“ muß aber gestatten, daß wir ihn auf ein anderes Vorkommnis aufmerksam machen. Bei der Firma Theis u. Cie. war vergangenes Winter eine Arbeiterin beschäftigt, welche Mitglied des sozialdemokratischen Verbandes war.

Dies dürfte einstweilen genügen. Klipp und klar ist damit bewiesen, daß der ganze Inhalt der ellenlangen Artikel im „roten“ „Textilarbeiter“ nichts anderes als ödes Geschreibsel ist.

Zur Fortbildungspflicht der gewerblichen Arbeiterinnen.

In Anbetracht der heute in der Industrie beschäftigten Arbeiterinnen und der großen Zahl der Jugendlichen, die in einzelnen Gewerben mit jedem Jahre noch höher wird, ist es eigentlich eine Pflicht der Gerechtigkeit, wenn man mit immer größerem Nachdruck für die Einbeziehung der gewerblichen Arbeiterinnen in den Fortbildungsschulunterricht eintritt.

Die Zeiten sind längst vorbei, wo die Hausmutter ihre Töchter alle die Künste lehren konnte, welche jene notwendig hatten, um schließlich auch als Erwerbstätige ihr Brot zu finden.

Der Handwerksmeister hatte in alter Zeit das Privileg, seine Lehrlinge in allem zu tüchtigen Menschen heranzuziehen. Als jedoch die Entwicklung manches Handwerk durch den Fabrikbetrieb verdrängt hatte, da mußte auch in der Lehrlingsausbildung ein Umschwung eintreten.

Table with 3 columns: In den Jahren, Bei einem Handwerksmeister ausgebildet, In Fabriken ausgebildet. Rows for years 1871, 1871-1881, 1881-1891.

Im Zeitraum von 20 Jahren stand also die Lehrlingsausbildung in Fabriken auf derselben Höhe wie im Handwerk selbst. Und als 1907 in einigen Regierungsbezirken Erhebungen über diese Frage angestellt wurden, da ergab sich, daß von den gelernten Arbeitern nur noch 48,84% im Handwerk — dagegen schon 59,16% in Fabrikbetrieben ausgebildet waren.

Wenn wir nun demgegenüber fragen: Was ist bis heute in dieser Beziehung für die Arbeiterinnen geschehen? Welche Maßnahmen wurden getroffen, um auch ihnen eine gewerbliche Ausbildung, die Fortbildung, zu erleichtern?

Table with 3 columns: von 14-16 Jahren, männlich, weiblich. Rows for children under 14 years and total.

Also 20000 jugendliche Arbeiterinnen mehr als Arbeiter haben wir in der deutschen Textilindustrie, und dabei hat sich diesen noch keine genügende Gelegenheit geboten, sich ähnlich wie die männliche Jugend gewerbliche Fortbildung anzueignen!

Es ist merkwürdig, daß die kundigen Lehrpersonen der Fortbildungsschule auch für ungelernete Arbeiter den Besuch derselben anempfehlen, ja sogar eigene Lehrklassen für solche einrichten.

In einem folgenden Artikel soll das eingehender beantwortet werden.

Die Krefelder Seiden- und Samtindustrie und Färberei im Jahre 1910.

I. Die Absatzverhältnisse der Industrie.

Der von der Handelskammer Krefeld herausgegebene Bericht über die hiesige Industrie umfaßt nicht das ganze nieder-rheinische Seidenindustriegebiet.

In der Statistik über die Färbereien sind nur die 35 Krefelder Firmen enthalten. Die Appreturen fehlen leider in dem Bericht.

„Die Statistik der hiesigen Samt- und Seidenindustrie bietet für das Jahr 1910 insofern ein erfreuliches Bild, als der Gesamtumschlag gegen das Vorjahr um über 9 Mill. M. zugenommen hat, und zwar liegt er von 82139633 M. auf 91377401 M.“

Das Geschäft mit Deutschland ist von 50825449 M. auf 55752029 M. gestiegen. Davan ist die Samtindustrie mit 1388331 M. und die Stofffabrikation mit 41868198 M. beteiligt.

Was die auswärtigen Länder anlangt, so steht England als Abnehmer mit 12 1/2 Mill. M. immer noch bei weitem voran, jedoch hat sich der Absatz von Seidenstoffen dorthin, wie in den vorhergegangenen Jahren, so auch im Berichtsjahre, wiederum verringert.

In Prozenten berechnet verteilt sich der Umsatz für Stoff und Samt zusammengekommen, auf die einzelnen Länder während der letzten fünf Jahre wie folgt:

Table with 5 columns: Land, 1906, 1907, 1908, 1909, 1910. Rows for Deutschland, Oesterreich-Ungarn, England, Frankreich, and other European countries.

Der Umschlag in Samtwaren ist von 24081004 M. im Jahre 1909 auf 30212477 M. im Berichtsjahre, also um 6131473 M., gewachsen.

Samt- und Samtgewebe 2265, dav. durchsch. 1664 beschäftigt u. durchsch. 601 außer Betrieb festkantiges Samtband 518, dav. durchsch. 229 beschäftigt u. durchsch. 289 außer Betrieb.

Die gesteigerte Produktion in der Samtindustrie zeigte sich auch in dem erhöhten Verbrauch an Rohmaterial. So sind 61038 kg Rohseide im Jahre 1910 gegen 34870 kg im vorhergegangenen Jahre verarbeitet worden.

Für ganz- und halbseidene Stoffe hat sich der Umschlag von 58058629 M. im Jahre 1909 auf 61164924 M. im Jahre 1910, also um 3106295 M. erhöht.

Stoffe 9361, davon durchschnittlich 8176 beschäftigt und durchschnittlich 1185 außer Betrieb, festkantiges Stoffband 529, davon durchschnittlich 438 beschäftigt und durchschnittlich 91 außer Betrieb.

Auch in der Stoffindustrie ist ein der größeren Produktion entsprechender Mehrverbrauch an Rohmaterial zu bemerken. Dabei muß die erheblich gesteigerte Verwendung von Kunstseide auffallen: während im Jahre 1909 7660 kg verbraucht wurden, waren es im Berichtsjahre 30251 kg.

Aus der Arbeiterbewegung.

Die internationale Konferenz christlicher Textilarbeiterorganisationen wurde am 4. August in München abgehalten.

Vertreten waren folgende Länder: Italien, Oesterreich, Belgien, Holland, Schweiz und Deutschland durch je einen Delegierten.

Die Konferenz diente fast ausschließlich der Berichterstattung über den Stand der einzelnen Organisationen und ihre Aussichten für das laufende Jahr.

Der Stand der christlichen Textilarbeiterbewegung am 1. April 1911 wird durch folgende Zahlenübersicht veranschaulicht:

Table with 4 columns: Ortsgruppen, Mitglieder, Davon weiblich, Vermögen. Rows for Deutschland, Holland, Oesterreich, Belgien, Schweiz, Italien.

Dem schweizerischen Verbände sind noch 180 konfessionelle Arbeiterinnenvereine mit rund 12500 Mitgliedern angeschlossen.

Die Delegierten berichteten übereinstimmend über schlechten Geschäftsgang, der auch das Gewerkschaftsleben ungünstig beeinflusste.

Die internationale Unterstützungsstelle verfügt über ein Vermögen von 18000 Frs.

Wenn's gegen den Gegner geht! Der „Textilarbeiter“ wendet zur Zeit eine Radikalkur an. Er will der innerhalb des Verbandes mehr und mehr zutage tretenden Disziplinlosigkeit mit einem Schlag den Hals umdrehen.

Wir haben zu diesen Ausführungen nicht viel zu sagen. Wichtig ist das Eine, daß die Arbeiterschaft bei solchen

Aktionen des Unternehmertums stets ruhig Blut bewahren muß. Alle Entscheidungen müssen mit kühler Berechnung getroffen werden, während die Entscheidungen der Gegner mit ebenso kühler Ruhe auf etwaige verblüffende, die Arbeiterschaft täuschende Absichten hin untersucht werden müssen. Das beliebteste Mittel der Gegner ist es, durch Ausstreuerung unwahrer und häufig auch unkontrollierbarer Gerüchte Uneinigkeit unter die Arbeiter zu bringen. Wegen solche Gerüchte müssen die Arbeiter ganz besonders gefestigt sein; ihnen ist grundsätzlich keinerlei Glaubwürdigkeit beizumessen.

Die letzten Zeilen sind von uns gesperrt worden. Wir haben sie hervor, weil sie geeignet sind, die Moral der Genossen, eine Moral mit doppeltem Boden, zu charakterisieren. Also, den Ausstreuerungen der Unternehmer bei Streiks und Aussperrungen soll grundsätzlich keine Glaubwürdigkeit beigemessen werden. Demgegenüber sind es gerade die Genossen, die bei Kämpfen, die wir zu führen haben, alle möglichen unkontrollierbaren Gerüchte und Ausstreuerungen, alle irgendwie zu ihren Zwecken verwendbaren Äußerungen aus dem Unternehmerlager austreiben, für bare Münze hinstellen, um so den christlichen Gewerkschaften einen Strich zu brechen. Das hat noch jüngst der „Textilarbeiter“ getan gelegentlich der Aussperrung im Münsterlande. Hier sind es gerade die Behauptungen der Arbeitgeber gewesen, die dem „Textilarbeiter“ als Grundlage seiner Verdächtigungen gegen unseren Verband und die Verbandsleitung gedient haben. Unsere Mitglieder mögen hieraus ersehen, inwieweit in solchen Situationen den Behauptungen und Ausstreuerungen der Genossen Glaubwürdigkeit beizumessen ist. Der oben vom „Textilarbeiter“ aufgestellte Grundsatz verdient unsererseits voll und ganz den Genossen gegenüber angewandt zu werden.

„Christliche Streikbrecherdienste“ will die sozialdemokratische Presse herauskonstruieren aus dem strikt-tarifstreuen Verhalten der christlichen Maler in Bochum! Die Sachlage ist so klar, daß die sozialdemokratische Presse durch ihren Versuch, sie gegen die christliche Arbeiterschaft auszubringen, dokumentarisch das polizeiwidrige Maß von Denkschwärze feststellt, das sie bei ihrer Bejagung voraussetzen darf. Hier der Sachverhalt:

In Bochum weigert sich eine Anzahl von Arbeitgebern zur Zahlung eines Pfennigs an Mehrlohn, wozu diese Arbeitgeber durch den Tarif verpflichtet worden sind. Den Bestimmungen des Reichstarifs im Malergewerbe gemäß hat in solcher Situation das Ortsamt, die von Arbeitern und Arbeitgebern selbst gewählte rechtspredende Instanz, Mittel und Wege zu bestimmen, um die Säumigen zur Pflichterfüllung zu veranlassen. Diesen tariflich festgelegten Weg wollten die christlichen Arbeiter unter allen Umständen ordnungsmäßig gewahrt wissen. Das liegt ja auch im Interesse des Tarifs selbst, der, wenn man einmal von ihm abzubrechen beginnt, auf die Dauer zu einer Kari-

fatur werden müßte. Und die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter? Sie ließen Tarif Tarif sein und verhängten mir nichts die Sperre über die betreffenden Arbeitgeber. Mit dem Resultat, daß alle sozialdemokratisch organisierten Maler ausgesperrt wurden, während die christlichen Maler, die sich an die Bestimmungen des Tarifs gehalten, nicht unter den Aussperrungsbeschluß fielen. Darum sollen sie jetzt Streikbrecher sein!

Die alte Geschichte: Das erste, wonach der herein-gesallene Sozialdemokrat greift, das ist der christliche Arbeiter, an dem er seine Wut auszulassen strebt. — Grundsätzlich verdient der Vorfall Beachtung wegen der Leichtfertigkeit, mit der sich sozialdemokratische Arbeiter über die Tarifbestimmungen hinwegsetzen. Das kommt aber nicht von ungefähr. Das Verbandsorgan der sozialdemokratischen Maler hat schon einmal rückhaltlos den Tarifvertrag als bloße Formsache hingestellt. Zugleich gab es als Parole aus:

„Es wird in Zukunft nur darauf ankommen, wer von beiden Teilen (Unternehmer und Arbeiter) der Stärkere ist und dieser wird dann in die Lage kommen, mehr und mehr dem Gegner seinen Willen aufzuzwingen.“

Können Uebergriffe so erzeugter Arbeiter überhaupt noch wundernehmen?

Inzwischen hat sich das Gautarifamt für das Malergewerbe in Rheinland-Westfalen auf Anrufen des sozialistischen Verbandes in einer außerordentlichen Sitzung mit der Angelegenheit befaßt und wie folgt entschieden: Die Arbeitsniederlegung der „freien“ organisierten Gehilfen sowohl wie die von dem „freien“ Verbandsverband verhängte Sperre stellen grobe Tarifverstöße dar. Die Arbeit ist sofort wieder aufzunehmen. Die von den Meistern als Gegenmaßregel verhängte Aussperrung ist ebenso tarifwidrig und sofort zurückzuziehen. Die Nachzahlung des Ausgleichspennings ist bis spätestens 15. September zu bewirken.

Zu Protokoll wurde erklärt, daß der Zentralverband christlicher Maler, der die Mitwirkung an der Sperre als tarifwidrig abgelehnt, vollständig im Sinne des Tarifvertrages gehandelt habe.

Also ein Lob der christlichen und ein Tadel der sozialistischen Gewerkschaft spricht die berufene Tarifinstanz aus. Damit fallen die von sozialdemokratischer Seite aus diesem Anlaß gegen den christlichen Malerverband erhobenen Vorwürfe vollständig in sich zusammen.

Sozialdemokratische Preisdrücker und Tarifbrecher. In Dortmund wird gegenwärtig ein großer Postneubau aufgeführt. Der Unternehmer wollte vom christlichen Bauarbeiterverband nebst andern Arbeitern auch Steinträger haben. Sein Wunsch wurde erfüllt. Ein christlich organisierter Steinträger nahm die Arbeit zum Preise von 1,85 pro Tausend an, welchen der bestehende Tarifvertrag vorschreibt. Als er am anderen Tage die Arbeit aufnehmen wollte, war die Stelle schon

besetzt. Da es anderweitig genügend Arbeit gab, kümmerte er sich nicht weiter um die Geschichte. Am Dortmunden Gemeinderat wurde die Ursache dieser merkwürdigen Stellenbesetzung am 10. August vorgelegt. Zwei Steinträger klagten gegen vorgenannten Unternehmer auf Herauszahlung einer Restsumme von 0,25 M. pro Tausend getragener Steine. Der Unternehmer lehnte die Zahlung ab, weil er mit dem Akkordanten einen Preis von 1,60 M. pro Tausend vertraglich vereinbart habe, und dieser Betrag sei bezahlt worden. (Der Tariflohn ist 1,85 M. pro Tausend.)

Dieser Aussage fügte der Unternehmer noch bei, daß der Akkordant, welcher als Zeuge geladen war, beim Abschluß des Vertrages gesagt habe, so ohne weiteres könne er nicht unter Tarif tragen, er wolle erst mit seiner Verbandsleitung (soziald. B. Reb.) Rücksprache nehmen. Dieses sei auch geschehen, und der Zeuge habe erklärt, daß die Verbandsleitung ihre Zustimmung gegeben habe.

Der als Zeuge eidlich vernommene Steinträger Georg Sethaler, welcher mit dem Unternehmer den Schmutzkonkurrenzvertrag abgeschlossen hatte, mußte die Angaben des Unternehmers Wort für Wort bestätigen. Er fügte noch hinzu, daß er den andern sozialdemokratisch organisierten Steinträgern zwar erst 14 Tage nach Abschluß des Vertrages Mitteilung von der Preisdrückerei gemacht habe, trotzdem hätten sie noch einige Wochen weitergetragen. Den Schlüssel zu der unfairen Handlungsweise der „roten“ Steinträger und ihrer Dortmunden Verbandsleitung gab ein „roter“ Steinträger, der heute noch auf der Baustelle ist. In einer Diskussion mit den christlichen Bauarbeitern meinte er ganz seelenruhig:

„Sawohl, wir haben die Steine billiger angenommen, um zu verhüten, daß die Christen sie bekommen.“

Dieser Fall von „Arbeiterinteressenvertretung“ reißt sich würdig an eine Menge gleichartiger an. Diese bornierten Christenhaffer verraten ihre ureigensten Interessen, leiden event. Hunger, um ihren Christenverfolgungsgelüsten Rechnung zu tragen. Wie sagte doch der alte Fritz bei Rummelsdorf . . . ?

Aussperrung der christlich organisierten Tabakarbeiter des Niederrheins. Am 5. Aug. sind die im Verbands christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands organisierten Tabakarbeiter am Niederrhein ausgesperrt worden, nachdem schon einige Wochen vorher rund 240 Arbeiter in Kaldenkirchen von den organisierten Arbeitgebern entlassen worden waren. Die Aussperrung rührt sich auf einen Streik von 39 Arbeitern bei der Firma R. Paffen in Kaldenkirchen. Die Arbeiter dieser Firma sind in den Streik getreten, nachdem alle Versuche einer friedlichen Erledigung der Differenzen fehlgeschlagen waren. Die Firma be-

Aus dem Berufsleben und der Gedankenwelt der Arbeiterinnen.

Loise Blätter,

zusammengestellt von P. Kröh, Kaplan in Biersen.

II.

Wie gefällt mir mein Beruf?

Welche Schattenseiten hat mein Berufsleben!

Bei der Wahl meines Berufes habe ich nicht so sehr darauf geachtet, in welchem Berufe ich mein Glück finden würde, sondern, wie ich meinen Eltern am meisten nützlich wäre. So habe ich als Seidenweberin mein Glück versucht. „Die Erde soll dir Dornen und Disteln tragen“, so sprach Gott einst zu unserem Stammvater. So trägt diesen Worten Gottes zufolge, ein jeder Beruf, ein jeder Stand seine Lafter und Seiden mit sich. So möchte ich denn in kurzen Worten die Schattenseiten meines Berufes schildern.

Träte ich am frühen Morgen in den Arbeitsraum, so trübt einem schon die schwüle, fast stickige Luft entgegen, die der Gesundheit nicht zum Nutzen sein kann und in der ich doch meine Tagesarbeit zu verrichten habe. Im Winter geschieht es nicht selten, daß die Heizröhren entweder gar keinen oder kaum hinreichenden Dampf enthalten, um die großen Arbeitsräume zu erwärmen. Als eine Seitenheit kann ich es nicht verzeihen, daß man sich in der Kaffeepause mit lausarmem Wasser begnügen muß. Und sollte man nicht die Geduld verlieren, wenn man sich fast vergeblich abmüht, auf schlechtem Werke oder mit faulem Einschlag den fauern Lohn zu verdienen und dem Arbeitsherrn gute Ware zu liefern? Verfügt dem einen oder andern Stuhle die Bewegungskraft und ich rufe den mir zur Verfügung stehenden Meister zu Hilfe, so brauche ich keine allzu höfliche Antwort zu erwarten, und ich mache schon gern eine Faust in der Tasche, die Worte des Dichters mit in den Sinn rufend: „Glücklich ist, wer das vergißt, was einmal nicht zu ändern ist.“ Als Arbeitsnachbarin hatte ich nicht immer eine gemütsvolle Person zu beglücken. Hier heißt es dann nicht selten, für die gute Sache eintreten, wenn nötig kämpfen oder die Folgen der eignen Schwachheit tragen.

Welches sind die Schattenseiten meiner Berufsarbeit?

Meine Berufsarbeit ist die Seidenweberei.

1. Mißfällt mir am meisten das eintönige, geistig so abfäupfende Gewerbe.

2. Das Harten auf Kette, Einschlag, oder etwaige Reparatur an Stühlen.

3. Das Verarbeiten des schlechten Materials und des damit verbundenen oft so ungerechten und verletzenden Schmähens über fehlerhafte Ware, da es aus dem besten Willen nicht möglich ist, dieselbe fehlerlos herzustellen. Einerlei, ob die Scherereien die Ketten schlecht geschoren haben oder ob die Spulerrinnen schlechte Spülchen machen, die fertige Ware muß tipp tupp sein. Hat man nun noch einen schlechten Stuhl oder einen Meister, der seine Sache nicht versteht, dann braucht man nicht zu fragen, wie die Löhnergen anschaffen. Gerade dann, wenn man am meisten arbeiten muß, verdient man am wenigsten. Aber das ist den meisten

Angestellten ja auch Nebensache. Wäre es der Arbeiterin nur immer möglich, den Herrn Prinzipal selbst zu sprechen, dann wäre so manches anders; denn ich bin fest davon überzeugt, daß er von zwei Drittel gar nicht und von dem einen Drittel nur entsetzt unterrichtet ist. Wenn eine Arbeiterin sich bei einem Angestellten beschwert über irgend eine Sache, so ist derselbe wie aus den Wolken gefallen. Er weiß nichts, aber auch rein gar nichts, er kann nicht begreifen, daß das Material schlecht sein soll oder sonst etwas nicht in Ordnung ist; er will die Sache sofort nachsehen, und dabei bleibt es. Erst wenn man sich den größten Demütigungen unterworfen hat, wird einem Vergütung versprochen. Ist dann Lohn tag und man hat das Lohnbuch in Händen, steht von Vergütung nichts darin. Nun, dann zurück zum Kontor. Da heißt es denn: Vergessen, das nächste Mal bestimmt; und dann ist es auch noch nicht immer der Fall. Manchmal ist der Verrger und die Wut so groß, daß man die ganze Vergütung im Stiche läßt. Es ist auch eine merkwürdige Tatsache, daß von solchen Zufällen fast ausnahmslos immer dieselben Arbeiterinnen betroffen werden.

4. Das Zusammenarbeiten von Personen beiderlei Geschlechts; denn da muß man so manches sehen und hören, was einem das Blut in Wallung bringt. Darum sind auch die Mädchen, namentlich die jüngeren, für ernste Gespräche über ihre Lage gar nicht zu haben.

5. Müchte ich auf einen Punkt zurückkommen, auf den Vortrag über „Zielbewußtsein“. Da wurde gesagt: Ein zielbewußtes Mädchen steht nicht gedankenlos an der Maschine und läßt laufen, was läuft, sondern sie interessiert sich für die verschiedenen Weharten, für die Zusammenfassung der Maschinen u. dergl. und wenn ein Fehler oder ein Defekt entsteht, so geht sie nicht sofort den Meistern rufen, sondern gibt sich Mühe, den Fehler selbst zu finden und fragt sich: Wie kann ich das nächste verhindern? Da möchte ich vor allen Dingen bemerken, daß das Verhalten seitens der Arbeiterinnen meistens gar nicht möglich ist. Es wäre doch die Unterlassung desjenigen ihrerseits eine grobe Nachlässigkeit, und sie müßte sich den Schaden selber zuschreiben. Die Interesselosigkeit ist nicht immer eine Folge von Gedankenlosigkeit, sie wird vielmehr bedingt durch die hierbei in Betracht kommenden Schattenseiten. Die sind: 1. Sobald der Stuhl steht, ruht auch das Verdienst, und aus diesem Grunde geht sie schweigend den Meistern rufen. Bei den Tagelöhnern ist ja kein Verdienstausfall damit verbunden; damit will ich aber nichts für sich hat. Und zweitens:

Hat die Arbeiterin den Fehler selbst gefunden und macht den Meister darauf aufmerksam, so geht dieser nicht nur gar nicht darauf ein, sondern hantiert so lange herum, bis es ihm gelingt, durch ein anderes Mittel den Stuhl wieder in Gang zu bringen. Es ist ja nicht bei allen der Fall, aber ich habe es schon mehrere Male erfahren. Anstatt, daß er sich freut, daß die Arbeiterin intelligent genug ist, die Fehler selbst zu finden und ihm dadurch doch Arbeit erspart, ist es meistens nur Kleinigkeitstrümmerei, die ihn so handeln läßt. Dadurch vergeht einem die Lust, in eine Sache einzubringen, die keinen Vor-, sondern nur Nachteil bringt. Manche Arbeiterin könnte ein Lieblingssagun von der Behandlung seitens der Meister. Gewöhnlich die, die am wenigsten kennen und zu sagen haben, sind am frechsten. Aber auch

manche von den andern ersehen ihre Unkenntnis durch Frechheit, um sich so die Arbeiterin vom Halbe zu schaffen.

6. Das Verhältnis der Arbeiterinnen untereinander. Viele wollen nicht einsehen, daß nur durch einmütiges Zusammenarbeiten etwas erreicht wird.

Sie suchen ihren Vorteil zu erreichen durch Zuträgerien, und öfters diejenigen, die sich sonst über andere erhaben dünken, erniedrigen sich zu solchen Sachen, um nach oben lieb kind zu sein und sich eine gute Kette zu sichern.

Es ist noch vieles vorhanden, was mir mißfällt, aber alles läßt sich nicht niederschreiben.

Bei der Besprechung obiger Arbeiten wurde festgestellt, daß die Darstellung doch nur einseitig die Tätigkeit in der Fabrik betreffe. Die Mitglieder sollten doch auch einmal an ihre Zukunft denken, daß sie auch Menschen seien, ob da nicht auch manches zu wünschen übrig bleibe. So ergab sich als nächstes Thema: „Weitere Schattenseiten meines Berufslebens.“ Manches, das wir im ersten Aufsatz angaben, wurde von der einen oder anderen nachgeholt. Dann kommen sie auf ihre häusliche Tätigkeit zu sprechen. In der Mittagspause wird der Mutter ein wenig geholfen. Am Abend wird meist etwas genäht, kleine Darreichungen im Haushalt gemacht; das dieses aber für die Zukunft nicht reicht, kommt doch allen zum Bewußtsein. Eine schreibt: „Wenn ich so den ganzen Tag in der Fabrik tüchtig gearbeitet habe und des Abends nach Hause komme, so fange ich gleich an zu nähen, bis gegessen wird. Nach dem Essen spüle ich die Sachen fort, und gegen 10 Uhr, je nachdem ich mit der Arbeit fertig bin, belege ich mich zur Ruhe.“ Ueber daselbe schreibt eine andere: „Des Morgens beim Erwachen erinnert die Pflicht an die Arbeit. Meistens trinke ich einen Schluck Kaffee und dann gehts zur Arbeit. Aber hier können wir uns nicht für unsern späteren Beruf als Hausfrau ausbilden. Kommen wir abends von der Arbeit nach Hause, so helfen wir der Mutter (im Hause sind mehrere Töchter. Ann. d. Herausg.) noch etwas bei der Arbeit; denn wo ein großer Haushalt ist, findet man Arbeit genug. Aber was wir hier lernen, reicht doch nicht aus, um selber später einmal einen Haushalt zu gründen. Während die Töchter reicher Eltern sich in Pensionaten oder sonst wo ausbilden können, ist dieses uns verweigert, und doch hätten wir diese Ausbildung noch viel nötiger, weil wir uns später kein Dienstmädchen anschaffen können, sondern die Arbeit selbst verrichten müssen. Und doch brauchen unsere Arbeiterfamilien auch tüchtige Hausfrauen, denn diese sind das eigentliche Fundament, auf dem die ganze Familie ruht.“ Eine dritte schreibt: „Am 7. Uhr ist Feierabend. So bleiben mir nur noch wenige Stunden, um die Hausarbeiten für den späteren Beruf zu erledigen. Da die meisten Hausarbeiten doch am Tage verrichtet werden müssen, kann ich abends nur etwas nähen, spülen, die Kartoffeln schälen und andere Kleinigkeiten besorgen. Oft kommt es auch vor, daß man von der Tagesarbeit ermüdet, nicht die Fähigkeit hat, sich den häuslichen Arbeiten zu widmen. Hat doch gerade die Arbeiterin es am nötigsten, das Haushalten zu verstehen, da es sonst möglich ist, daß später die Familie in große Not und Armut gerät, da sie mit dem verdienten Gelde aus-

zählt nicht nur in Kaldenkirchen mit die geringsten Löhne, sondern bleibt auch weit hinter den am übrigen Niederrhein üblichen Löhnen zurück. Die erwachsenen männlichen Arbeiter kamen bei der Firma auf höchstens 16—18 M. Durchschnittsverdienst in der Woche. Die Forderungen waren äußerst mäßig gehalten. Auf Verhandlungen mit dem Verband ließ sich die Firma nicht ein, sondern verlangte, daß nur der Arbeiterausschuß vorstellig werde. Auch die Unterstützung durch die übrigen Fabrikanten und eine eventl. Aussperrung sollte damit gerechtfertigt werden, daß nicht der Fabrikausschuß die Forderungen vertreten habe. Als dann aber die Arbeiter beschlossen hatten, den Ausschuß vorstellig werden zu lassen, wurden nicht nur keine einigermaßen befriedigenden Zugeständnisse gemacht, sondern es erfolgte auch die Aussperrung. Der Niederrheinische Zigarrenfabrikantenverband nahm die Aussperrung vor, ohne selbst vorher in eine Prüfung der Löhne bei der Firma einzutreten, sondern stützte sich einfach auf die Angaben der Firma und der Kaldenkirchener Fabrikanten, die natürlich alle ein Interesse an der Niederkaltung der Löhne dortselbst haben, weil, wie betont, an den anderen Orten besser bezahlt wird.

Die Aussperrung richtet sich lediglich gegen den christlichen Verband, da die sozialdemokratische organisierten ruhig weiter arbeiten. Bemerkenswert ist auch, daß im letzten Jahre der sozialdemokratische Verband verschiedentlich mit Mitgliedern im Streik bei Firmen stand, die dem „Deutschen Arbeitgeberbund für die Zigarrenindustrie“ angehörten, ohne daß eine Aussperrung vorgenommen wurde. Es ist also auf eine Kraftprobe mit dem christlichen Tabakarbeiterverbände abgesehen. Die Aussperrung ist umso ungerechtfertigter, als es sich hier um Forderungen bei einer Firma handelt, die mit ihren Löhnen weit hinter den aussperrenden Firmen zurückbleibt und damit empfindliche Konkurrenz zu machen in der Lage ist. Zu den Aussperrenden gehört auch die bekannte Firma Odenkott sen. in Rees, deren Tabakfabrikate besonders in Arbeiterkreisen Absatz finden. Auch die Firma Frank in Cleve hat ausgesperrt, während die Firma Mertens nicht beteiligt ist. In Kaldenkirchen sind es die Firmen Kommes, Meyer, Swane, Herrgett und Hunsken, Montel und Ordelheide und Karl Fr. Ordelheide.

In diesem für unseren christlichen Bruderverband des Tabakgewerbes sehr bedeutungsvollen Kampfe steht die christliche Textilarbeiterchaft, speziell die des Niederrheins, ganz auf der Seite ihrer kämpfenden Kollegen. Die Forderungen der streikenden Arbeiter der Firma Kasten in Kaldenkirchen sind in anbeacht ihrer niedrigen Löhne und der großen Teuerung aller Lebensbedürfnisse in den letzten Jahren durchaus billig und gerechtfertigt. Der Aussperrungsbeschluß des organisierten Arbeitgeberbundes ist eine große soziale Rücksichtslosigkeit. Die christlichen Textilarbeiter erklären sich mit den kämpfenden Freunden aus dem Tabakgewerbe solidarisch und werden, wenn es sein muß, diese Solidarität auch praktisch zu üben wollen. Die ausgesperrten Tabakarbeiter können frohen Mutes in die Zukunft schauen. Unsere Mitglieder allerwärts mögen sich die Namen der aussperrenden Firmen merken, auf daß sie bei ihren Einkäufen entsprechend handeln können.

„Kronzeugen der Scharfmacher und Angestellte der Scharfmacher und Ausbeuter“ — so lautet die neueste Formel, auf die das Feßbarometer der sozialdemokratischen Presse gegen die christlichen Gewerkschaften zeigt. Die Umdeutung in der Form muß es ja machen; der Inhalt: die Verdächtigung der christlichen Arbeiterführer ist dieselbe geblieben seit der berüchtigten sozialdemokratischen Parole: Die (christlichen) Massen streicheln und die Führer vor den Bauch treten! Warum nun der neue Reim auf den alten Text? Angeblich soll Dr. Länzler von der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände auf einer Arbeitgeberversammlung zu dem Thema „Terrorismus der Klassenkämpferischen Gewerkschaften“ gesagt haben:

„Mir ist persönlich von Führern von Arbeitern anderer Gewerkschaften, speziell der christlichen, eine Fülle von Tatsachen vorgebracht worden, die man einfach für unglaublich hält.“

Das ist ersichtlicherweise eine sehr allgemein gehaltene Behauptung, die sich in dieser unverbindlichen Fassung kaum kontrollieren läßt. Dazu bedürfte es schon genauerer Angaben des Herrn Länzler. Was aber die Sache selbst anbelangt, so täte die Sozialdemokratie besser daran, sich nicht allzusehr in diese Schußlinie zu stellen. Der Regener könnte hier unter Umständen allzu dicht werden.

Warum sorgt übrigens die Sozialdemokratie nicht dafür, daß den „Scharfmachern“ kein „Material“ geliefert werden kann? Das ewige „Haltet den Dieb!“ in dieser Sache klingt überaus verdächtig. Es beweist eben, daß man sich nicht rein fühlt und deswegen die Aufmerksamkeit von sich ablenken will. Zu einem mannhaften Appell an die eigene Gefolgshaft, Anderdenkende nicht mit den Mitteln des Faustrechts „belehren“ zu wollen — zu einem solchen Appell reicht anheimelnd weder der moralische Mut noch die Autorität innerhalb der Sozialdemokratie.

Eine interessante Feststellung. Der „Grundstein“, das Organ des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes, bringt in einer mit „Brutus“ unterzeichneten Abhandlung über „die Macht der Unternehmer und die Macht der Arbeiter“ folgendes, aus sozialdemokratischem Munde immerhin bemerkenswerte Eingeständnis:

„Auf politischem Gebiete ist die Macht des Unternehmers heute allerdings noch sehr groß, aber der politische Einfluß der Arbeiterklasse ist beständig im Wachsen. Das Mitbestimmungsrecht

der Arbeiter in Staat und Gemeinde wird immer stürmischer gefordert und die maßgebenden Kreise werden trotz ihres zähen Widerstandes gezwungen, nach und nach auf einen immer größeren Teil ihrer Alleinherrschaft im öffentlichen Leben zu verzichten. Die Entwicklung der Demokratie macht sich überall deutlich bemerkbar und die Arbeiterklasse ist schon zu einem Faktor geworden, mit dem die Regierungen rechnen müssen. Die innere Politik, zumal die Sozialpolitik, dreht sich im wesentlichen um die Arbeiter, deren Einfluß auf die Gesetzgebung zunimmt. . . . Nicht minder läßt sich feststellen, daß auch die Behörden auf die organisierten Arbeitermassen Rücksicht nehmen müssen, indem sie eine offene, klare Rechtsbewegung (soll wohl heißen Rechtsbewegung, d. H.) nach Möglichkeit vermeiden. Wohl sind die Klagen über Parteilichkeit der Behörden und die Klassenjustiz der Gerichte noch immer berechtigt, aber man sieht doch schon vor auf-fälligen Verletzungen der Arbeiterrechte zurück. Der moderne Staat würde ja sich selbst den Boden unter den Füßen wegziehen, wollte er den Grundsatz der Gleichberechtigung aller Staatsbürger allzu grüßlich verletzen. In dieser Beziehung hat die politische Macht der Arbeiterklasse schon erzieherisch auf die Organe des Staates und der Gemeinden gewirkt, und diese Wirkung kann noch gesteigert werden durch eine intensivere Beteiligung der Massen am politischen Leben und durch eine sachgemäße, zielbewußte Arbeiterpolitik.“

Diese Ausführungen sind ein Beweis für die Nichtigkeit unseres Standpunktes, daß für die Arbeiter-schaft sehr wohl die Möglichkeit besteht, sich im Gegenwärtigen recht häuslich einzurichten. Aus dem Grunde sind wir, sind auch die Vertreter der christlichen Arbeiter-schaft in den gesetzgebenden Körperschaften stets bestrebt gewesen, die „sachgemäße, zielbewußte Arbeiterpolitik“ zu treiben, die Politik des Erreichbaren. Die Sozialdemokratie aber ist von einer wirklich „sachgemäßen, zielbewußten Arbeiterpolitik“ noch weit entfernt. Sie hat den Blick weiterer Arbeitermassen für das Mögliche und Erreichbare getrübt und in ihnen einen überspannten Macht-Dümel großgezogen, der der Arbeiterschaft nur verhängnisvoll werden kann. Sie predigt den Klassenkampf und den Klassenhaß und stößt so die übrigen Bevölkerungsschichten, deren Mithilfe die Arbeiterschaft zur Durchführung ihrer materiellen und ideellen Forderungen nicht entbehren kann, zurück. Dadurch erwachsen der Arbeiterschaft in ihrem Aufwärtstreben immer neue von der Sozialdemokratie künstlich geschaffene Schwierigkeiten. Deren Politik der Verneinung, ihr Alles-oder-Nichtsstandpunkt, macht sie zu Kompromissen und damit zu praktischer Arbeit überhaupt unfähig, wodurch der Einfluß der Arbeiterschaft ganz wesentlich geschwächt und deren Emporstieg gehemmt wird.

Wer nicht paviert, der fliegt. Der sozialdemokratische Schriftsteller Gerhard Hildebrand, der früher Redakteur an der sozialdemokratischen „Bergischen Arbeiterstimme“ in Solingen war, jetzt am selben Orte freier sozialdemokratischer Schriftsteller ist, bekommt jetzt einen Vorgeschnack von der sozialdemokratischen Meinungs-freiheit. Hildebrand, der in bezug auf die Kolonialpolitik im Gegensatz zur herrschenden sozialdemokratischen Partei-meinung ganz vernünftige Anschauungen hat, soll deswegen fliegen. Bekannt ist uns namentlich seine Stellung in der Baumwollfrage.

Der „Vorwärts“ meint von ihm:

„Bürgerliche Blätter gehen wieder einmal mit kolonialfreundlichen Auslassungen aus dem sozialdemokratischen Lager“ häusieren. Selbstverständlich handelt es sich wieder um ein Zitat aus den bekannten rotgebundenen Monatsheften, und selbstverständlich ist der Verfasser wieder Gerhard Hildebrand, der sattsam bekannte Eingänger. Um der Sache ein wirksames Relief zu geben, wird Hildebrand schleunigst zum früheren Abgeordneten gemacht. In Wirklichkeit haben die Ansichten Gerhard Hildebrands mit der sozialdemokratischen Partei nicht das mindeste zu tun. Hildebrand ist zwar seit einer Reihe von Jahren eingeschriebenes Mitglied der Partei, der er sich seinerzeit anschließen zu sollen geglaubt hat, allein er ist seiner ganzen Anschauungsweise nach Nationalsozialer geblieben. Mit solchen Stimmen aus dem sozialdemokratischen Lager läßt sich wirklich nicht viel Staat machen.“

Dieser Wink mit dem Jaunpfaß haben die Solinger Genossen kapiert, und sie beilen sich, ihn in die Tat umzusetzen. Die „Bergische Arbeiterstimme“ schreibt:

„Dieses Urteil des „Vorwärts“ deckt sich mit demjenigen der Parteigenossenschaft des Kreises Solingen, wo Hildebrand seit einigen Jahren ansässig ist. Die gestrige Sitzung der erweiterten Parteileitung für den Wahlkreis Solingen hat denn auch einstimmig beschlossen, bei der am nächsten Sonntag stattfindenden Kreis-Generalkonferenz den Ausschluß Hildebrands aus der Parteizubeantragen.“

So hat auch den Genossen Hildebrand das Schicksal erreicht. Man darf in der sozialdemokratischen Partei keine eigene Meinung haben. Im Namen der Freiheit nicht.

Soziale Anarchie in Frankreich. Am 3. Juli trat in Frankreich das Altersversicherungsgesetz in Kraft. Es findet indes nur wenig Beifall, wohl aber großen Widerstand. 12 Millionen Personen sollen sofort beim Inkrafttreten des Gesetzes, 17 Millionen nach der völligen Durchführung desselben versicherungspflichtig sein. Nun waren aber bis 1. Juli nur 5417978 Personen für die Versicherung eingezzeichnet und hiervon haben sich nur 1698000 freiwillig gemeldet. Das besagt an sich schon genug.

Besonders groß ist der Widerstand in sozialistischen Kreisen. Die sozialdemokratische Partei hatte in Paris eine große Auseinandersetzung für und wider das Gesetz.

Der bekannte Sozialistenführer Jaures plädierte für die Versicherung ohne Arbeiterbeitrag, der Führer Guésde gegen das ganze Gesetz. Letzterer siegte. Auch eine Konferenz der sozialistischen Gewerkschaftsverbände und Arbeitssbüren beschloß mit 104 gegen 11 Stimmen bei 12 Enthaltungen, „das auf die Arbeiterbeiträge basierte Gesetz zu Fall zu bringen“. Sie forderte demgemäß die Organisationen auf, sich diesen Beitragsleistungen mit allen in ihrer Macht liegenden Mitteln zu widersetzen“. Dem wird nun stattgegeben. Die „Federation de la Seine“ (Departementsverband der Gewerkschaften) forderte die Arbeiter auf, ihre Versicherungskarten auf das Gewerkschaftsbureau zu bringen. Sie sollen am 14. Juli, am Tage des Nationalfestes, verbrannt werden. Die Hafenarbeiter drohten mit dem Streik, falls ihnen die Beiträge abgezogen würden. In Branne, einem Textilzentrum, kam es bei der Durchführung des Gesetzes zu blutigen Aufständen und zur Amtsniederlegung der Stadtbehörde.

Daß das Gesetz auch in Arbeiterkreisen Gegner findet, ist klar. Aber auch die Regierung scheint die Vorbereitungen zur Durchführung des Gesetzes nur mangelhaft getroffen zu haben. An dem einen Ort fehlten im gegebenen Moment die Versicherungskarten, in dem anderen die Versicherungsmarken. So herrscht der größte Wirrwarr. Man bezweifelt sogar, ob es der Regierung möglich sein werde, das Gesetz zur Durchführung zu bringen. (Cht französisch!)

Ein weiterer Beitrag zur „Neutralität“ der „freien“ Gewerkschaften. Die Zeit der Wahlen ist immer die beste Gelegenheit, die „Neutralität“ der freien Gewerkschaften beobachteten zu können. Wie man bei den allgemeinen Reichstagswahlen 1907 nach dieser Richtung hin die schönsten Rücksprünge der freien Gewerkschaften erleben konnte, so auch heute wieder. Folgende kleinen Beiträge zu diesem Kapitel mögen dies beweisen.

In Elsaß-Lothringen sollen in allernächster Zeit die Wahlen zum neuen Landtag getätigt werden. Die Sozialdemokratie macht nun die gewaltigsten Anstrengungen, eine möglichst große Zahl ihrer Leute in den neuen Landtag zu bringen. In diesem Bestreben wird sie aufs eifrigste unterstützt von den „freien“ Gewerkschaften. Ja, der deutsche Textilarbeiterverband gibt sich sogar dazu her, eigene Wahlversammlungen für die sozialdemokratische Partei abzuhalten. Dabei gehen nun diese Herrschaften ganz unverbümt zu Werke. Man ruft öffentliche unter freiem Himmel tagende Versammlungen ein. So unternahm die Ortsgruppe Mülhausen des genannten Verbandes am Dienstag, den 15. August, am Feste Maria Himmelfahrt, das in Elsaß-Lothringen als gesetzlicher Feiertag gilt, einen Ausflug nach dem Hirnlestein, einem beliebten Ausflugsort in der Nähe von Mülhausen. Hier wurde dann als Krönung des Ganzen eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel abgehalten, die nach dem Bericht der sozialdemokratischen „Mülhauser Volkszeitung“ von mehreren hundert Personen besucht war. Der Gauleiter, Genosse Glanzmann, referierte über die kommenden Wahlen, wobei er recht kräftig über Zollpolitik und manches andere loszog. Der zweite Redner, der gewesene Gauleiter und jetzige Lokalbeamte für Mülhausen, Genosse Gsell besprach speziell die Landtagswahlen und empfahl den Anwesenden seine von der sozialdemokratischen Partei aufgestellte Kandidatur. Ein dritter Redner endlich, der Vorsitzende des „freien“ Gewerkschaftskartells von Mülhausen, der ebenfalls als sozialdemokratischer Landtagskandidat aufgestellt ist, beschäftigte sich gleich unter persönlichen Angriffen — die überhaupt eine Spezialität dieses Genossen zu sein scheinen — mit seinen beiden Gegenkandidaten und erntete dabei stürmischen Beifall. Die „Mülhauser Volkszeitung“ schrieb dann zum Schluß: „Die Wahlbewegung in Sennheim-Masmünster ist mit dieser Versammlung in der günstigsten Weise eingeleitet worden.“

Also der „deutsche“ Textilarbeiterverband, der laut Statut nur wirtschaftliche Interessen zu vertreten und sich um politische Dinge überhaupt nicht zu kümmern hat, leitet für die sozialdemokratische Partei die Wahlbewegungen ein. Ist das nicht köstlich?

Aber nicht nur in punkto Versammlungen unterstützt man die Partei, sondern auch finanziell. In der Nr. 189 der „Mülhauser Volkszeitung“ vom 17. August werden folgende Beiträge für den Wahlfonds quittiert:

- Gemeindearbeiterverband . . . 50.— M.
- Straßenbahnerversammlung . . 1.— „
- Gipserversband 20.— „

Aber trotz alledem sind die „freien“ Gewerkschaften „neutral“. Unsere Kollegen jener Gegenden, in denen man nicht so unverhüllt hervorzutreten wagt, wo man noch mit der Phrase der „Neutralität“ zu operieren sucht, tun gut, wenn sie sich alle diese Fälle merken und den „Freien“ gelegentlich unter die Nase halten.

Der Verband katholischer Gesellenvereine im Jahre 1910. Seit der letzten statistischen Aufnahme Ende 1908 stieg die Zahl der katholischen Gesellenvereine von 1182 auf 1221, die der aktiven Mitglieder d. h. Handwerksge-sellen in Klein- und Großbetrieben von 73508 auf 79342, die der außerordentlichen Mitglieder von 120440 auf 131624. Bezeichnenderweise fällt der Zuwachs an Vereinen und Mitgliedern diesmal vorwiegend auf das reichsdeutsche Verbandsgebiet. Hier stieg die Zahl der aktiven Mitglieder in den beiden letzten Jahren von 53878 auf 60742, d. h. um 6864 oder nahezu 13 Prozent, von denen etwa 2500 auf 51 Neugründungen von Gesellenvereinen entfallen.

Wichtiger als die augenblickliche Mitgliedsziffer ist beim Gesellenverein, der den ausgesprochenen Charakter eines Durchgangsbereins hat, die Zahl der jährlich neu-aufgenommenen aktiven Mitglieder. Erfreulicherweise ist nun gerade diese Ziffer schon seit Jahren in ständigem Zunehmen begriffen. Neuaufgenommen wurden im Jahre 1910 nicht weniger als 22 647 Mitgl. der, gegen 20 112 im Jahre 1908. Man kann also sagen, daß sich in drei bis vier Jahren jeweils der ganze aktive Mitgliederbestand erneuert, und daß alle vier bis fünf Jahre ein volles Hunderttausend junger Handwerker durch den Gesellenverein hindurchgeht. Damit stimmen auch die Ergebnisse der Altersstatistik überein. Von 79 342 Mitgliedern waren weniger als 20 Jahre alt 28 484 oder 35,9 Prozent, im Alter von 20 bis 25 Jahren standen 32 613 Mitglieder oder 41,1 Prozent, über 25 Jahre alt waren nur 18 245 oder 23 Prozent.

Von den aktiven Mitgliedern sind nur 6337, das ist nicht ganz 8 Prozent Nichthandwerker. In den christlichen Gewerkschaften sind organisiert 17 552 Mitglieder, d. h. durchschnittlich 24,7 Prozent des Gesamtmitgliederbestandes in Deutschland, Oesterreich und der Schweiz. Zu berücksichtigen ist hierbei die große Anzahl von Gesellenvereinen kleinerer Orte, an denen Zahlstellen der Gewerkschaften gar nicht oder nur für einzelne Berufe bestehen. In größeren Städten geht der Prozentsatz der christlich Organisierten bis zu 90 Prozent hinauf. Den katholischen Fachabteilungen (Sitz Berlin) gehören 212 Mitglieder an.

Aus unserer Industrie.

Bestimmen wir ein Reichstextilamt?

Bekanntlich hat unser Zentralvorstand, Kollege Schiffer, seiner Zeit im Reichstage in Uebereinstimmung mit zahlreichen Industriellen die Errichtung eines Reichstextilamtes gefordert. Der Anregung des Kollegen Schiffer nachkommend, hat sich das „Reichsamt des Innern“ gutachtlich an alle Handelskammern und mehrere andere interessierte Korporationen gewandt. Die „Kleinsten der Berliner Kaufmannschaft“ haben sich nun zuerst über das geforderte Amt gutachtlich geäußert und zwar in ablehnendem Sinne.

Wer die Zusammenfassung und den Geist der „Kleinsten der Berliner Kaufmannschaft“ kennt, wundert sich über diese Stellungnahme gar nicht, im Gegenteil, er wird gar keine andere erwartet haben. Glücklicher Weise sind aber die „Kleinsten der Berliner Kaufmannschaft“ nicht die Vertreter der Handels- und Industriewelt schlechthin. Sie reden in ihrem Gutachten übrigens von Aufgaben eines Reichstextilamtes, die zu fordern unserem Kollegen Schiffer nicht im Traume eingefallen ist. Wir müssen abwarten, was die Handelskammern zu der Sache sagen und ferner, was die Rundfrage ergeben wird, die bei einer Reihe wirtschaftspolitischer Organisationen im Gange ist. Bisher haben sich schon angesehene Fachzeitschriften und bedeutende Arbeitgebervereinigungen für ein solches Amt ausgesprochen. Und selbst für den Fall, als die ganze Aktion keinen anderen Nutzen brächte als die Erweiterung und den Ausbau des Amtes in Großstädterfeldern, wäre die Anregung Schiffers nicht fruchtlos gewesen.

Die Rohstoffbeschäftigung in der deutschen Wollindustrie.

Ueber das Problem, der deutschen Wollindustrie den notwendigen Rohstoffbezug durch eine koloniale Wollschafzucht zu erleichtern, äußert sich der Oberbürgermeister Dr. Kütz-Bückerburg, der vor einigen Jahren als Kommunalreferent der Kolonialverwaltung Südwestafrika bereit hat, in dem neuesten Heft der „Kolonialen Rundschau“ unter anderem folgendermaßen:

Die deutsche Wollindustrie hat seit 1871 einen ungeheuren Aufschwung genommen. Die Zahl der in Deutschland bestehenden Kammgarnspindeln hat sich in den letzten 20 Jahren etwa vervierfacht, und man wird heute ihre Zahl auf fast 2 1/2 Millionen berechnen dürfen. Hand in Hand mit einer derartigen Produktionsausdehnung ging natürlich eine entsprechende Vermehrung des Rohstoffbedarfes. Wohl ist dieser Bedarf nicht in der gleich rapiden, ja fast beängstigenden Weise gestiegen, wie bei der Baumwolle, immerhin liegt er von etwa 50 Millionen Kilogramm im Jahre 1873 auf 200 Millionen Kilogramm im Jahre 1910. Die deutsche Textilindustrie ist innerhalb des Weltwirtschaftsgebietes der zweitgrößte Selbstkonsument, und der Bedarf der deutschen Wollindustrie erreicht ein Viertel des gesamten Weltkonsums.

Wie verhält sich nun diesem riesenhaften Konsum gegenüber die eigene Produktion? Deutschland deckt von seinem 200 Millionen Kilogramm Bedarf aus eigener Produktion nur etwa 10 Millionen Kilogramm und ist bei Deckung seines ganzen übrigen Bedarfs an Rohwolle auf außerdeutsche Wirtschaftsgebiete angewiesen. Von Jahr zu Jahr ist die Wollschafzucht in Deutschland zurückgegangen, und zwar von 25 Millionen auf 7 Millionen. Es bedarf gar keiner näheren Darlegung, daß eine deutsche Wollindustrie, die 25 Prozent des gesamten Rohstoffbedarfes der Welt verarbeitet und dabei fast nichts aus der eigenen Produktion des eigenen Landes nehmen kann, unter außerordentlich gefährlichen Existenzbedingungen arbeitet, die durch eine deutsch-koloniale Wollerzeugung gemildert werden können.

Zum Streit um die japanischen Seidengewebe.

Der Abschluß des deutsch-japanischen Handelsvertrages hat zu einem Streit zwischen der Seidenindustrie und dem Seidenhandel geführt. Dieser behauptet, es sei alles

beim alten geblieben, jener dagegen, daß der Zollsatz für undichte Habutais von 1500 M. auf 300 M. für 1 dz herabgesetzt worden sei, nämlich dadurch, daß vereinbart wurde, alle Habutaisgewebe von 3 Momme (= 12,9 gr pro qm) an aufwärts der Tarifstelle 401 einzuzuerleben. „Bei näherer Prüfung der Sachlage“, so heißt es in einer von den rheinischen Seidenindustriellen inspirierten Notiz, „kann man nicht umhin, die Behauptung der Seidenindustrie als berechtigt anzuerkennen. Denn die Tarifstelle 401 lautet ausdrücklich: „Dichte ungemusterte tafbindige Gewebe usw.“, und auf der anderen Seite kann nicht bestritten werden, daß die Japangewebe leichter Qualität, d. h. mindestens bis 4 1/4 Momme, tatsächlich undicht im Sinne unseres Zolltarifs sind. Wenn danach diese Gewebe auf Grund der Vertragsabmachung nun mit den dichten zusammen zu 300 M. eingelassen werden, so läßt sich eben nicht leugnen, daß der Zollsatz für sie auf den fünften Teil herabgesetzt worden ist. — Dabei macht es durchaus keinen Unterschied, wenn etwa die leichten Habutais bisher teilweise zu 300 M. eingelassen worden sind. Es geschah alsdann im Widerspruch zu unserem Zolltarif und daher ungerechtfertigter Weise. Jetzt aber ist den Japanern ein Unrecht eingeräumt worden, auch ihre leichtesten undichten Habutais zu 300 Mark hier einzuführen, während sowohl Frankreich wie die Vereinigten Staaten von Amerika bei ihrer letzten Zolltarifrevision diese Gewebe in anbeacht der Gefährlichkeit des japanischen Wettbewerbes auf diesem Gebiet gerade höher belastet haben.“

Amerikanische Industrieespionage!

Wir haben kürzlich über einige Spionageversuche ausländischer Fabrikantenvertreter in der deutschen Textilindustrie berichtet. Nunmehr wird den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ ein Fall amerikanischer Spionage mit Hilfe sozialdemokratischer Gewerkschaftsvertreter gemeldet.

In einer größeren thüringischen Weberei sollen durch sozialdemokratisch organisierte Textilarbeiter und Arbeiterinnen an die Weber und Weberinnen gedruckte Karten verteilt worden sein, mit der Aufschrift: Weblöhne. Hierunter sei ein Stück als sogenanntes Patronenpapier liniert, um aus den gemächtigten Einzeichnungen das Warenbild zu erkennen. Und dann folgen 23 äußerst offenerzige Fragen nach Stuhlssystem, Lourenzanzahl des Stuhles, Kettenmaterial, Schuhmaterial, Gangzahl, Schußdicke, Akkordwehlohn, Arbeitszeit und dergleichen interessanten Sachen. Vor dem Gewerbegericht, vor dessen Forum die Sache aus anderen Umständen zur Sprache kam, habe ein Gewerkschaftssekretär sich als Kartontreiber bekannt und angegeben, diese Fragekarten sollten statistischen Partei- und Lohnzwecken dienen; andere Arbeiter hätten aber zugegeben, daß diese Zettel „von einem Amerikaner“ stammten.

Die Sache scheint uns etwas unklar. Handelt es sich einfach um eine Erhebung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Textilarbeiter in den einzelnen Ländern, kann man nichts dagegen einwenden. Sie werden auch der deutschen Industrie keinen Schaden, im Gegenteil, nur Nutzen bringen können. Aber eine solche Erhebung könnte hier in Deutschland doch nur vom deutschen sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande eingeleitet werden. Das scheint aber in diesem Falle nicht zu sein. Die Karten würden dann eine entsprechende Aufschrift tragen. Uebrigens ist der amerikanische Textilarbeiterverband der „roten“ Textilarbeiter Internationale überhaupt nicht angeschlossen. Es scheint sich also wirklich um eine feindliche amerikanische Spionage zu handeln. Der Verdacht ist um so mehr berechtigt, als den Erhebungskarten liniertes Patronenpapier angehängt ist, auf dem das ganze Warenbild eingezeichnet werden soll. Daß sich deutsche Arbeiter und namentlich Gewerkschaftsbeamte für die Zwecke der amerikanischen Spione mißbrauchen lassen, ist einfach ein Skandal. Die internationale Idee der Sozialdemokratie wird in Deutschland geradezu zu einem direkten Verrat an den Interessen des arbeitenden deutschen Volkes. Wir sind der Meinung, daß der „deutsche“ Verband alle Veranlassung hat, sich öffentlich dahin zu äußern, daß er mit diesen Dingen nicht in Verbindung steht.

Aus dem Verbandsgebiete.

An unsere Ortsgruppenvorstände.

Zur geß. Kenntnisnahme, daß den Ortsgruppen jetzt die neuen Mitgliedskarten nebst Zeiskarten und „Meiter“, ferner die dazu gehörenden Kästen zugeandt worden sind.

Falls einer Ortsgruppe die neuen Karten aus Versehen nicht zugehört oder die Zeiskarten etc. in nicht genügender Anzahl beigelegt worden sein sollten, bitten wir um geß. Nachbestellung.

Die notwendigen Erläuterungen für die Anlegung der Mitgliederkartei sind sowohl auf einem Zirkular, wie auch auf den Zeiskarten vermerkt und den Ortsgruppen mit zugehört worden.

Mit kollegialem Gruß!
Die Geschäftsstelle.

Arbeitslosen-Berichterstattung.

Wir machen die Berichterstatter in den einzelnen Ortsgruppen darauf aufmerksam, daß am Samstag, den 26. August, Arbeitslosen-Stichtag für den Monat August ist. (Letzter

Arbeitsstag der letzten Woche im Monat.) Die Monatsberichtsarten (grau) sind 3 Tage nach Schluß des Monats an die Zentrale zu senden.

Wir bitten alle Ortsgruppen dringend, sich an der Berichterstattung zu beteiligen und die Karten rechtzeitig an die Zentrale einzusenden.

Die Geschäftsstelle.

Zur Frage der Lokalbeiträge.

Von der Notwendigkeit einer starken Verbandsklasse wird wohl jeder Kollege überzeugt sein. Eine große Mitgliederzahl und eine schwache Klasse wäre bei der ersten besten größeren Bewegung der Ruin unseres Verbandes. Nach ist es Tag, da rüfte sich der Mann bald wird es Nacht, da niemand wirken kann. Ja, noch ist es Zeit, rüsten wir, bauen wir vor, damit, wenn einmal große Streiks und Aussperrungen kommen, und sie werden schon in allernächster Zeit, wenn die Depression, welche auf unserm Textilgewerbe liegt, gewichen ist, kommen, wir uns dann keine Vorwürfe zu machen brauchen und überall als Sieger hervorgehen. Der Vorschlag des Zentralvorstandes, einen Lokalbeitrag zu erheben, womit die Ausgaben der Ortsgruppen zu decken sind und die diesbezüglichen früheren Abschreibungen von 15% der Zentralkasse zufließen zu lassen, wäre wohl geeignet, unserer Verbandsklasse einen ganz eminenten Kapitalzuwachs zu bringen.

Es kommt meines Erachtens hier nicht allein der Gedanke eines sogenannten „Julusturmes“ in Betracht, sondern weiter noch eine Besserung der Finanzwirtschaft in den einzelnen Ortsgruppen. Hierdurch soll nun keiner Ortsgruppe ein Vorwurf gemacht werden, aber es gibt solche, welche sehr sparsam wirtschaften und wieder andere, die noch eines Zuschusses aus der Zentralkasse bedürfen. Bei Einführung des Lokalbeitrages wird sich nun jede Ortsgruppe nach der Decke strecken müssen. Ein Draufloswirtschaften auf Kosten der Sparameren gibt es dann nicht mehr. Auch von diesem Gedanken ausgehend, könnte man dem Vorschlag des Zentralvorstandes ganz sympathisch gegenüber stehen.

Mögen alle Kollegen von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit dieses Vorschlages überzeugt sein und das kleine Opfer im Interesse unserer gemeinsamen guten Sache gerne bringen. Mögen es erst recht unsere M.-Glabbacher Kollegen einsehen. Es ist dies für sie ja eine größere Anforderung an ihre Opferfreudigkeit, weil gerade die Glabbacher Textilarbeiterschaft unter der schlechten Geschäftslage am meisten zu leiden hatte. Für uns wäre es wohl zweckmäßig, die Sache so lange hinauszuschieben, bis eine bessere Konjunktur eintritt, die hoffentlich nicht mehr lange auf sich warten läßt. Unsere Glabbacher Kollegen werden dann, befeelt von Idealismus und Opfer Sinn, der sie bisher ja immer auszeichnete, der Einführung der Lokalbeiträge zustimmen. Unsere gutgeschulten Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner werden auch den letzten Mann für diese Sache zu begeistern wissen. Wir werden hinter den anderen Ortsgruppen nicht zurück stehen, und wo das Wohl unseres Verbandes gefördert werden muß, stehen die M.-Glabbacher Kollegen alle wie ein Mann.

M.-Glabbach. ob.

Zu dem Thema „Lokalbeiträge“ erlaube ich mir einige Ausführungen, und zwar sind es Bedenken, die gegen eine solche Einführung sprechen. Der Stamm unserer Ortsgruppe setzt sich zusammen aus meist älteren Kollegen, die durch verschiedene Beitragserhöhungen Opferwilligkeit in erhöhtem Maße gezeigt haben, andererseits aber auch der Meinung sind, daß hier endlich einmal eine Grenze gezogen werden müßte. Auch der Umstand, daß von 44 429 Mitgliedern nur 3965 laut Abrechnung vom ersten Quartal mehr wie ihren Pflichtbeitrag zahlen, berechtigt mich zu der Annahme, daß die Opferwilligkeit unserer Mitglieder auf höchste angepannt ist. Dann aber müssen wir bedenken, daß wir die vielen, die noch abseits unserer Bewegung stehen, nicht durch einen erhöhten Beitrag gewinnen, weil gerade die Beiträge die meisten zurückhalten. Auch die Einführung von Lokalbeiträgen bedeutet eine Beitragserhöhung; auf die Form kommt es hier nicht an. Zu dem Hinweife auf andere Berufe, wie Holzarbeiter usw., die Lokalbeiträge einführen resp. schon haben, möchte ich bemerken, daß diese eher dazu in der Lage sind, da der Textilarbeiterstand der schlechtesten Stand ist und wohl am meisten unter der schlechten Wirtschaftskonjunktur gelitten hat resp. noch leidet. Ich verweise hier auf die Arbeitslosenunterstützung, die m. E. Beweis genug dafür ist. Zum Schluß noch eins. Der kommende Herbst soll der Jugendagitation gewidmet sein. Es hat uns die Nachener Generalversammlung Mittel und Wege geschaffen, diese Agitation zu erleichtern. Durch die Einführung von Lokalbeiträgen nun würden wir uns selber diesen Weg wieder versperren und die Agitation erschweren. Sorgen wir deshalb zuerst, daß wir mit dem heutigen Beitrag das Groß der Arbeiterschaft gewinnen, und ehe wir zur Verwirklichung eines so folgenschweren Schrittes gehen, wägen wir nach allen Seiten ab und lassen wir uns nicht von einem falschen Optimismus leiten.

H. L. in G.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten.

M.-Glabbad.

Streit um die Kontrolluhren. Die Firma Bornefeld u. Janzen hat sich eine neue Kontrolluhr für die Arbeiter angeschafft. Die Uhr soll nicht nur das Kommen, sondern auch den Weggang der Arbeiter feststellen. Die Arbeiter sollen die Uhr auch dann stecken, wenn sie bis zum regelrechten Schluß der Arbeitszeit gearbeitet haben. Es wurde auch kein Unterschied gemacht, ob der Arbeiter in Akkord oder in Zeitlohn arbeite. Ueber die Anordnung, daß alle Arbeiter nach Schluß der Arbeit ihren Weggang durch die Kontrolluhr feststellen sollten, kam es mit der Firma zu Differenzen, weil die Kontrolle 10-13 Minuten für die gesamte Arbeiterschaft in Anspruch nimmt und damit für viele eine Verlängerung der Arbeitszeit verbunden ist, wofür keinen Deut bezahlt wird.

Verhandlungen des Arbeiterausschusses mit der Firma hatten ein negatives Ergebnis. Mit dem Vorschlage, die Kontrolle auf das Kommen der Arbeiter sowie eventuelles Weggehen während der Arbeitszeit zu beschränken, wollte sich die Firma nicht einverstanden erklären. Sie meinte vielmehr, ein Recht zu haben, die Benutzung der Kontrolluhr nach Schluß der Arbeit erzwingen zu können. Das war es, wogegen die Arbeiter protestierten. Nachdem der Protest der Firma zur Kenntnis gebracht war, suchte sie mit Gewalt ihr Ziel zu erreichen. Zuerst wurde der Arbeiterausschuß persönlich bearbeitet, sich durch Unterschrift zu verpflichten, die Kontrolluhr nach Arbeitschluß zu benutzen. Der Ausschuß lehnte das Ansinnen ab. Es wurde nun bekanntgegeben, daß alle Arbeiter der Weberei andern Tages ihre Bereitwilligkeit durch Unterschrift bekunden sollten, widrigenfalls sie entlassen würden. Am selben Abend nahmen die Arbeiter hierzu Stellung und lehnten das Ansinnen der Firma einstimmig ab.

Am andern Tage stellten sich alle rechtzeitig zur Arbeit, wurden aber, weil sie nicht unterschreiben wollten, nicht zur Arbeit zugelassen, mit andern Worten, wider ihren Willen an der Arbeit verhindert und im richtigen Sinne ausgesperrt. Am selben Vormittag wurden, nach einem vergeblichen Versuch des Arbeiterausschusses, die Vertreter der drei in Betracht kommenden Organisationen vorstellig. In der Verhandlung ließ sich die Firma nicht bewegen, von ihrem Standpunkte abzugehen. Die Arbeiter feierten weiter und boten, um ihre Rechte zu wahren, zu Anfang einer jeden Schicht der Firma ihre Arbeitskraft an. Nachdem dies 1/2 Tag geschahen war, trat eine Wendung ein. Die Firma machte dem Arbeiterausschuß folgendes Angebot:

„Zur Klarstellung der Angelegenheit wird das Königl. Gewerbegericht in Anspruch genommen. Einige Arbeiter strengen Klage beim Gewerbegerichte an und hat dieses zu entscheiden, ob die Arbeiter für die Zeit, die sie an der Arbeit verhindert waren, Lohn beanspruchen können. Bis zur Entscheidung dieser Sache verzichtet die Firma auf die Benutzung der Kontrolluhr. Sollte jedoch die Entscheidung des Königl. Gewerbegerichtes zugunsten der Firma ausfallen, muß die Uhr wieder von der Arbeiterschaft benutzt werden. Im gegenseitigen Falle behält die Firma sich das Recht vor, die Benutzung der Uhr, wenn auch mit anderen Maßnahmen, wieder zu verlangen.“

Da mit dieser Erklärung das eigentliche Streitobjekt bis zur Entscheidung des Gewerbegerichtes gefallen war, erklärte sich die Arbeiterschaft bereit, die Arbeit aufzunehmen, jedoch unter der Bedingung, daß die Akkordarbeiter die Kontrolluhr nach offiziellem Schluß der Arbeit, mittags und abends, nicht zu benutzen hätten.

Wir wollen der Firma gewiß das Recht nicht streitig machen, eine genauere Kontrolle einzuführen. Warum aber diese rigorose Form gewählt wird, nachdem in der Fabrik seit ihrem Bestehen überhaupt keine Kontrolle geführt wurde und warum man damit bei den Webern und Weberinnen, also bei den Akkordarbeitern beginnt, ist nicht zu verstehen.

Da aber die betr. Arbeiter und Arbeiterinnen sich bereitwillig der Kontrolluhr bei Arbeitsantritt wie auch bei eventuellem Verlassen und Zurückkehren während der Arbeitszeit bedienen, muß das Verlangen der Firma, die Arbeiterschaft auch noch nach Feierabend zu solchen Verpflichtungen heranzuziehen, als unbillig bezeichnet werden. Die Firma mag uns den Zweck und die Notwendigkeit solcher Maßnahmen mal darlegen.

Aus unseren Bezirken.

Bezirk M.-Glabbad.

Seine Bezirkskonferenz hielt der II. Verbandsbezirk am 30. Juli in M.-Glabbad ab. Es waren von 26 Ortsgruppen 25 mit 47 Delegierten vertreten. Außerdem waren die freigestellten Kollegen des Bezirks anwesend. Den Zentralvorstand vertrat Kollege Heutmann-Düfeldorf. Gegen 3 Uhr eröffnete der Bezirksvorsitzende, Kollege Hermes, die Konferenz. Zunächst gedachte er der im Jahre verstorbenen Kolleginnen und Kollegen. Hierauf gab er einen für den Verband erfreulichen Geschäftsbericht. Aus demselben sei folgendes entnommen:

Der Verband machte im hiesigen Bezirke im letzten Berichtsjahre, d. i. vom 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911 — bedeutende Fortschritte. Die Mitgliederzahl steigerte sich in dieser Zeit um 26,5 Prozent. Die Einnahmen erhöhten sich um 30,5 Prozent. In den Ortsgruppen verblieben an Anteil und Unterstützungen 89 Prozent derselben. Von der Tätigkeit resp. dem Verbandsleben zeugen folgende Zahlen: In den Ortsgruppen wurden 20 öffentliche, 163 Mitarbeiter- und 393 Fabrikveranstaltungen abgehalten. Daneben fanden noch 280 Vorstandssitzungen statt. Die gleiche Zahl von Sitzungen wurde von den Vorständen unter Zugiehung der Vertrauensmänner abgehalten. Neben dieser Agitationsarbeit waren auch die gewerblichen Interessen der Mitglieder wahrzunehmen. Außer kleineren Differenzen kamen 14 Fällen ernsterer Natur vor. In 9 Fällen war das Bestreben der Arbeiter auf eine Verbesserung ihrer Lage gerichtet. In drei

derselben war hiermit eine Abwehr von Verschlechterungen verbunden. Viermal galt es nur Verschlechterungen abzuwehren und einmal das Koalitionsrecht der Arbeiter zu verteidigen. Hierbei kam es in vier Fällen zur Einreichung der Kündigung seitens der Arbeiter. Die Bewegungen nahmen einen für die Arbeiter günstigen Verlauf. Zehn endigten mit einem vollen, drei mit einem teilweisen und nur eine ohne Erfolg. In allen Bewegungen gelang es, im Wege friedlicher Verhandlungen Ausstände zu vermeiden. In den meisten Fällen wurden die Verhandlungen durch die Angestellten des Verbandes im Auftrage der Arbeiter geführt. Verhandlungen mit Arbeitgebern fanden im Berichtsjahre 52 statt. Die Zahl der an den Bewegungen beteiligten Arbeiter betrug über 1600. Für dieselben wurden bedeutende Summen an Mehrlohn erreicht bzw. erhalten.

In der Diskussion war Gelegenheit gegeben, Wünsche und Beschwerden über die Bezirksleitung vorzubringen. Von dieser Gelegenheit wurde auch ergiebige Gebrauch gemacht. Mehrere brauchbare Anregungen wurden bezüglich der Agitation gegeben. Im übrigen ergab die Diskussion in allen Punkten ein vollständiges Einverständnis mit dem Vorgehen und den Maßnahmen der Bezirksleitung.

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung hielt Kollege Heutmann ein Referat über „Die Lage des Verbandes und die uns bevorstehenden Aufgaben“. Er zeichnete ein Bild, wie sich der Verband entwickelt und innerlich gefestigt habe. Wie der Ansturm der Unternehmer im Münsterlande abgewehrt wurde, und der Verband für ähnliche gegen ihn gerichtete Anschläge sich rüsten müsse. Aus diesem Grunde müßten wir auch bestrebt sein, dem Verbands immer mehr Mittel zuzuführen. Die von den beiden letzten Generalversammlungen gefassten Beschlüsse hätten die Kasse sehr in Anspruch genommen. Unser Streben müsse darauf gerichtet sein, diese Ausgaben wieder wett zu machen. Er machte den Vorschlag, die Ortsgruppen möchten beschließen, daß die lokalen Bedürfnisse durch Lokalbeiträge aufgebracht und der bisherige 15% betragende Anteil der Ortsgruppen in Zukunft der Zentralkasse verbleibe. Nach einer längeren Diskussion, in welcher wohl noch einige Bedenken vorgebracht wurden, stimmten die Anwesenden folgender Resolution zu:

„Die ordentliche Bezirkskonferenz des Bezirks M.-Glabbad hält die Stärkung unserer Zentralkasse für absolut notwendig. Sie richtet an die Vorstände das dringende Ersuchen, in ihren Ortsgruppen mit ihrem ganzen Einflusse dahin zu wirken, daß die Mitglieder die Erhebung eines Extrabeitrages beschließen. Die Bezirkskonferenz hält diese Maßnahme für das ganze Verbandsgebiet für dringend notwendig, damit die nächste Verbandsgeneralversammlung die Abschaffung des fünfzehnjährigen Anteils der Ortsgruppen beschließen kann und so die ganzen ordentlichen Mitgliederbeiträge der Zentralkasse zufließen können. Die Bezirkskonferenz läßt sich dabei auch noch von dem Gedanken leiten, daß es ein durchaus gesunder und gerechter Grundfatz ist, daß jede Ortsgruppe ihre eigenen Bedürfnisse aus eigenen Einnahmen befriedigen soll. Die Bezirkskonferenz ist ferner der Ueberzeugung, daß durch die Abschaffung des lokalen Anteils der Ortsgruppen unsere Zentralkasse am sichersten so gestärkt werden kann, als es mit Rücksicht auf die gesamte gewerkschaftliche Lage unbedingt notwendig ist.“

Zu Punkt drei: „Einheitliche Regelung verschiedener Angelegenheiten“ wurde beschlossen, daß der Beschluß der Gladbacher Ortsgruppen vom 2. April, lautend: „keine Versammlungen mit den Gegnern gemeinsam abzuhalten“, auf den ganzen Verbandsbezirk ausgedehnt wird.

Um die Mitglieder an eine bessere Pflege der Statistik zu gewöhnen und sie zur Ausfüllung der Lohnkarten mehr wie bisher anzuhalten, werden diese verpflichtet, vom 1. Oktober dieses Jahres ab bei Empfang von Unterstützungen ihre Lohnkarten vorzuzeigen.

Der vierte und letzte Punkt der Tagesordnung betraf die Wahl der Bezirksvorstehenden. Die Wahlperiode des Bezirksvorstehenden, Kollegen Hermes, lief mit Ende dieses Jahres ab. Es war deshalb Neuwahl erforderlich. Vor der Wahl erklärte der Kollege Hermes, daß man bei der Wahl nicht auf seine Person sehen solle, sondern, wenn die Anwesenden der Ueberzeugung seien, daß das Wohl des Verbandes es erheische, sie eine andere und bessere Kraft an seine Stelle wählen sollten. Die Wahl ergab mit einer übergroßen Majorität die Wiederwahl des Kollegen Hermes. In einem kurzen Schlussworte wies dieser darauf hin, daß die mächtige Entwicklung des Verbandes, und speziell innerhalb des hiesigen Bezirkes, der freudigen Mitarbeit opferwilliger Kolleginnen und Kollegen zu verdanken sei. In der freudigen Hoffnung, daß die Anwesenden und auch alle übrigen in der Mitarbeit nicht erlahmen möchten, damit der hiesige Bezirk im diesem Jahre dieselben Fortschritte machen möchte wie im verflohenen, allen Anfeindungen der Gegner zum Trotz, fand die schön verlaufene Konferenz ihren Schluß.

Der christliche Textilarbeiterverband in Baden.

(Entnommen der aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Ortsgruppe Murg herausgegebenen Festschrift.)

Wir christlich organisierten Textilarbeiter in Oberbaden haben die Lokalorganisation praktisch nicht kennen gelernt, denn die ersten Zahlstellen und Ortsgruppen, die sich hier oben bildeten, schlossen sich gleich dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deurlandts an, der sich auch kurz zuvor — am 1. April 1901 — als solcher am Niederrhein aus einigen kleineren Lokalorganisationen gebildet hatte. Die erste badische Ortsgruppe war Murg, die am 29. Juni 1901 mit 65 Mitgliedern gegründet wurde. Mitte Dezember 1901 kam der Verbandsvorsitzende, Kollege E. M. Schiffer, anlässlich einer Agitationstour durch Mittel- und Süddeutschland, auch in unsere Gegend und hielt eine Reihe von Versammlungen ab. Das Ergebnis war die Gründung einiger neuer Ortsgruppen in Drombach, Zell, Schönau usw. Es wurde bald recht rührig gearbeitet. An vielen Orten wurden Versammlungen abgehalten. So hielten

die Kollegen Schiffer und Sistenich auf ihrer Rückfahrt vom internationalen Arbeiterschulkongress Zürich anfangs Juni 1902 einige Versammlungen ab. Das Jahr 1902 brachte einen Zuwachs an Ortsgruppen in Laufenburg, Ganner, Lutzingen, Wehr und Maulburg.

Im Albtale bei Karlsruhe bestand eine „Textilarbeitergewerkschaft für das Albtal“, die sich 1899 nach dem Vorbilde des „Bayerischen christlichen Textilarbeiterverbandes“ gebildet hatte. In ihrer Blütezeit zählte diese Lokalorganisation annähernd 2000 Mitglieder. Trotz vieler Verhandlungen schloß sich der Rest dieser Organisation erst anfangs 1907 unserem Zentralverband an. Heute besteht im Albtale allerdings keine Mitgliedschaft mehr. Die Hauptursache dieses Rückganges ist auch hier, wie so vielerorts, in der mangelnden Opferwilligkeit zu suchen. Fast zu gleicher Zeit wie in Baden fand unser Verband auch im Elsaß Eingang. Die badischen und elsässischen Ortsgruppen wurden zunächst dem Bezirke Aachen, als dem nächsten Verbandsbezirke, zugeteilt und rechneten auch mit diesem ab.

Es mag hier eingeschaltet werden, daß damals die Zentralisation in unserem Verbands noch keine so straffe war, wie heute. Der Verband war eingeteilt in fünf „Verbandsbezirke“ (Erfeld, M.-Glabbad, Aachen, Barmen und Bocholt i. W.). Die Vorstandsmittglieder der einzelnen Ortsgruppen innerhalb eines Bezirkes bildeten die jedes Jahr stattfindende Bezirksgeneralversammlung. Diese Generalversammlung wählte aus sich heraus einen stehengliedrigen Bezirksvorstand und — je nach der Mitgliederszahl des Bezirkes — einen oder mehrere Delegierte in den Verbandsauschuß. Der Auschuß wählte dann aus seiner Mitte den Zentralvorstand. Letzterer hat sich längere Zeit aus dem Zentralvorstehenden und den fünf Bezirksvorstehenden zusammengesetzt.

Der Verbandsbeitrag betrug damals (1902) generell 15 Pfg. wöchentlich, auch für die Kolleginnen. Nur für die Heimarbeiter waren 10 Pfg. festgesetzt. Von den ordentlichen Einnahmen verblieben den Ortsgruppen 15%, weitere 10% kamen in die betr. Bezirkskasse und die restlichen 75% flossen in die Zentralkasse.

Der Bezirk Oberrhein.

Am 8. März fand nun in Basel erstmals eine Konferenz der badischen und elsässischen Ortsgruppen statt. Anwesend waren 26 stimmberechtigte Vertreter von 11 Ortsgruppen mit zusammen 500 Mitgliedern. Der Zentralvorstehende, Kollege E. M. Schiffer, der diese Konferenz leitete, teilte bei der Eröffnung zunächst den Beschluß des Verbandsauschusses betr. Gründung eines eigenen Bezirkes offiziell mit und ermahnte dann die Kollegen auf beiden Seiten des Rheins:

„... jeden Partikularismus, jede politische Voreingenommenheit bei unseren gewerkschaftlichen Bestrebungen fahren zu lassen. Weder der Rhein, noch die schwarz-weiß-roten Grenzpfähle dürften Schranken zwischen den Berufscollegen aufbauen. Bei der Errichtung des Bezirkes (der hoffentlich auf die Dauer in einen badischen und in einen elsässischen geteilt werden könne) dürfe vorläufig nur das allgemeine Interesse und die praktische Seite in Betracht kommen. Da Herr Gieseler-Freiburg am 1. April seinen Posten als Gewerkschaftssekretär niederlege, habe der Vorstand des Gesamtverbandes den Kollegen Fischer-Mülhausen zu dessen Nachfolger bestimmt. Derselbe solle für alle Berufe tätig sein, da der Gesamtverband in der Hauptfache das Gehalt beitrage. Der Textilarbeiterverband trage 1/3 bei und würde Kollege Fischer auch dem neuen Bezirk erheblich nutzen. Da Mülhausen die Zentrale der oberrheinischen Textilindustrie sei und auch, um den Gegnern gegenüber eine schätzenswerte Kraft zur Verfügung zu haben, empfehle sich Mülhausen als Sitz des Bezirkes. Die Glabbacher müßten dann aber auf den Bezirksvorstehenden verzichten und schlage er (Redner) als solchen den Kollegen Hermann Kammerer-Murg in Baden vor. Die Posten der übrigen Vorstandsmittglieder müßten dann paritätisch auf die beiderseitigen größeren Ortsgruppen verteilt werden.“

In der nun folgenden Debatte wünschten einige badische Kollegen den Sitz des Bezirkes nach Murg. Kollege Fischer versprach dann den Badensern, daß er sein Möglichstes tun werde, um sie zu befriedigen. Es wurde dann einstimmig beschlossen, den neuen VII. Bezirk „Oberrhein“ zu nennen und den Sitz nach Mülhausen zu legen. Ebenso wurde bei der Wahl des Bezirksvorstehenden der Kollege Kammerer-Murg einstimmig gewählt. Von badischer Seite wurden noch in den Bezirksvorstand gewählt die Kollegen Lehner-Murg, Blatt-Zell und Haselwunder-Wehr. Zum Delegierten in den Verbandsauschuß wählte die Konferenz noch den Kollegen Fischer-Mülhausen.

Die Mahnung des Kollegen Schiffer, jede Voreingenommenheit und den Partikularismus fahren zu lassen, war wohl angebracht, denn in dieser ersten Zeit war nicht wenig Abneigung, besonders gegen den Norden, vorhanden. Oft müßten wir damals den Vorwurf hören — und zwar von Außensehenden sowohl wie auch aus den eigenen Reihen —: „Ihr schickt das Geld (die Beiträge) an die Preußen und wir haben nichts davon.“ Da und dort tauchte sogar der Gedanke auf, einen eigenen badischen Verband zu gründen, „damit das Geld im Lande bliebe“. Heute sind wir glücklich über derartige kurzfristige Anschauungen hinweg.

Am 28. Februar 1904 fand in Basel die zweite Generalversammlung des Bezirkes Oberrhein statt. Vertreten waren 12 Ortsgruppen durch 36 Delegierte. Zwei württembergische Ortsgruppen, die zunächst auch zum hiesigen Bezirk gehörten, waren wegen der weiten Entfernung nicht vertreten. Eingegangen waren in 1903 drei Ortsgruppen mit 112 Mitgliedern. Es zeugt demnach von guter Entwicklung des Bezirkes, wenn trotz aller anfänglichen Schwierigkeiten im Februar 1904 ein Mitgliederbestand von 800 in 15 Ortsgruppen angegeben werden konnte. Im Februar 1905 waren es 22 Ortsgruppen mit 1200 Mitgliedern.

Innerer Kräftigung der Bewegung.

Als eine Folge der günstigen Entwicklung des Bezirkes ist es wohl anzusehen, daß zu der am 26. Februar 1904

In Basel tagenden dritten Generalversammlung der Antrag auf Teilung des Bezirkes zugleich von zwei Orten gestellt wurde, und zwar von Zell und Mülhausen. Die Ortsgruppe Zell stellte weiter den Antrag auf vollständige Freistellung des Kollegen Kammerer-Murg. Es wurden denn auch in diesem Sinne zwei Resolutionen an den Verbandsauschuß gerichtet.

Zur Beratung stand ferner die vom Zentralvorstande vorgeschlagene Erhöhung der Mitgliedsbeiträge. Schon 1903 war der Beitrag für die männlichen Mitglieder um 5 Pfg., nämlich von 15 auf 20, erhöht worden. Es war besonders der Kollege Gsell-Mülhausen, der sehr heftig gegen die Beitragserhöhung opponierte. Nach längerer, zum Teil recht unerquicklicher Debatte wurde aber der Vorschlag des Zentralvorstandes mit 35 gegen 15 Stimmen angenommen. Eine im ganzen Verbands vorgeschlagene Abstimmung sämtlicher Mitglieder ergab denn auch die Annahme der Beitragserhöhung mit Mehrheit. Vom 31. Dezember 1906 ab betrug dann der Wochenbeitrag für männliche Mitglieder 30 Pfg., während er für die Kolleginnen auf 25 Pfg. und für die Heimarbeiter auf 20 Pfg. festgesetzt war.

Die 4. Ausschusssitzung des Verbandes in Düsseldorf am 25./27. März 1905 beschloß dann die gänzliche Freistellung des Kollegen Kammerer.

Ebenso wurde bei der Neueinteilung sämtlicher Verbandsbezirke am 1. Juli 1905 der Bezirk Oberrhein in zwei selbständige Bezirke „Baden“ und „Elsaß“ geteilt. Der fortan IX. Bezirk Baden zählte bei seiner Abtrennung in 12 Ortsgruppen 605 Mitglieder.

In den lebhaften Aufschwung, den der Bezirk jetzt nahm, fiel auch gar mancher Wermutstropfen. So wurden in Zell i. B. 1904/5 nacheinander mehrere tätige Kollegen, meist Vorstandsmitglieder, gemahregelt. Ebenso 1905 auch in Lottbäu. In Fahrnau wurde im März 1906 nicht weniger als 13 Arbeitern und Arbeiterinnen gekündigt und in Maulburg im Sommer desselben Jahres sogar 18, darunter einigen sozialdemokratisch organisierten. Über die Arbeitgeber täuschten sich doch, wenn sie glaubten, die Gewerkschaftsbewegung dadurch vernichten zu können. Im Gegenteil, solche Kämpfe und Maßregelungen schulten und stärkten die Kollegen und waren die beste Demonstration für die Notwendigkeit der Organisation.

Zechnstundenbewegung im Wiesental.

Hier muß auch die erste große Bewegung des Wiesentals erwähnt werden. In Mülhausen war nämlich 1906 ein großer Kampf entbrannt, der sich denn auch ins Wiesental übertrug. Die Bewegung umfaßte ca. 25 meist größere Betriebe mit 8000 Arbeitern. Die Hauptforderungen waren: der Zechnstundentag, eine 15-prozentige Lohnerhöhung und Beseitigung von verschiedenen Mißständen. Ohne daß es zur Arbeitseinstellung kam, wurde der größte Teil der Forderungen bewilligt. Im vorderen Wiesental wurde die 10-stündige Arbeitszeit am 1. Okt. 1906 eingeführt, im hinteren Wiesental in mehreren Betrieben erst am 1. Jan. 1907. Lohnerhöhungen wurden 3-8% bewilligt, in einem Betriebe in Rötteln 22-24%. Diese Bewegung hatte weiter den Erfolg, daß am ganzen Oberrhein die Einführung des Zechnstundentages in Fluß kam und dann in den meisten Betrieben nach und nach eingeführt wurde.

Die Führer des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes wollten bei dieser Bewegung anfänglich die gleiche Taktik einschlagen wie in Mülhausen drüben, nämlich „Ausjucheln der Christlichen“. Unser Verband war aber im hinteren Wiesental stets stärker als der sozialdemokratische Verband. Auch traten einige Kollegen von uns bei den ersten Versammlungen im „Kühlen Krug“ in Lörrach und im „Hirschen“ in Steinen dem Genossen Kräyig aus Mülhausen entgegen. Und so mußte man denn — mehr der Not gehorchend als dem eigenen Triebe — die Bewegung gemeinsam führen.

Die weitere Entwicklung.

Bei der Bewegung im Wiesental traten die Arbeiter massenhaft dem Verbands bei, um nachher ebenso schnell wieder zu verschwinden. Ein Bild über die weitere Mitgliederentwicklung geben folgende Zahlen:

Am 31. Dezember 1905	=	925 Mitglieder
„ „ „ 1906	=	2221 „
„ „ „ 1907	=	1815 „
„ „ „ 1908	=	1276 „
„ „ „ 1909	=	1020 „
„ „ „ 1910	=	1302 „
„ „ 1. April 1911	=	1657 „

Im Dezember 1907 gab unser Bezirk an den neugebildeten Bezirk Straßburg 8 Ortsgruppen mit 244 Mitgliedern und an den ebenfalls neugebildeten Bezirk Württemberg 6 Ortsgruppen mit 238 Mitgliedern ab. Dadurch erlitt sich dieser Rückgang im vierten Quartal 1907.

Die Krisis 1908/09 hat die äußere Entwicklung ebenfalls ungünstig beeinflusst. Dazu kam, daß der im September 1908 in Augsburg tagende Verbandstag die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschloß, was eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrages um 10 resp. 5 Pfg. für die Kolleginnen nötig machte.

Zudem, der Arbeiter sieht auch auf die Leistungen einer Organisation, und es hat sich gezeigt, daß gerade die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung bisher den Mitgliedern in steigendem Maße zugute gekommen ist.

Mit der Befestigung der Konjunktur seit 1910 ist wieder eine lebhafteste Aufwärtsbewegung des Bezirkes zu beobachten. Durch Hausagitation wurden im vierten Quartal 1910 allein 332 Mitglieder gewonnen und im ersten Quartal 1911 wieder 355 Mitglieder. Zur Zeit zählt der Bezirk in 22 Ortsgruppen über 1800 Mitglieder. Damit ist wir in Baden die stärkste Organisation in unserem Bezirke.

Der Sitz des Bezirkes kam von Säckingen, wo er seit 1906 war, Anfang 1910 nach Lörrach. Gleichzeitig wurde das Lokalsekretariat für das Wiesental, welches erst in Maulburg und dann in Zell war, mit dem Bezirkssekretariat vereinigt. Geschäftsführer ist seit 1907 der Kollege Gerhard Pfeifer.

Durch Anordnung des Zentralvorstandes trat am 1. Juli 1910 ein Wechsel in der Bezirksleitung infolgedessen ein, als der Kollege Kammerer den württembergischen Bezirk und der Kollege Kümmele aus Greiz den badischen Bezirk übernahm.

Wenn zu der schon so oft bewährten Objektivität der christlichen Textilarbeiter die Begeisterung der ersten Zeit sich neu gesellt, dann wird auch in Zukunft unser Bezirk Baden wachsen, blühen und gedeihen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Sof, a. Saale. Den Kassenbericht erstattete in unserer Versammlung am 26. Juli der Kollege Bus. Darauf referierte Kollege Müller über das Thema: Arbeits- und Lohnbedingungen in der oberfränkischen Textilindustrie. Seine 1 1/2 stündigen Ausführungen wurden von den Anwesenden mit großem Interesse verfolgt. Unter Punkt Verschiedenes mußte Kollege Müller noch einige Aufklärung über die gelben Gewerkschaften geben. Nachdem die Kollegin Grabel noch einen Artikel aus dem Zentralblatt zur Verlesung brachte schloß der Vorsitzende mit dem Hinweis zum guten Besuch unserer Veranstaltungen die Versammlung.

Lobberich. Ein kleiner Aufschwung ergab die Abrechnung vom zweiten Quartal, die in der Versammlung vom 6. August verlesen wurde. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des ersten Quartals 835 und am Schlusse des zweiten Quartals 840. Davon sind 668 männliche und 172 weibliche Mitglieder. Die Gesamteinnahme betrug 3884,70 Mark. In die Zentralkasse wurden abgeführt 2858,75 M. Das Vermögen der Ortsgruppe beträgt 1564,03 M. Von den Revisoren wurde beantragt, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, was einstimmig geschah. Sodann wurde die Wahl der Delegierten für die diesjährige Bezirkskonferenz vorgenommen. Gewählt wurden: Maria Woffen, Theodor Niesen und Martin Müllers. Weiterhin wurde vom Vorsitzenden getadelt, daß alte Gewerkschaftsmitglieder noch unorganisierte, in der Textilindustrie beschäftigte Kinder hätten. Es sei leider schon vorgekommen, daß organisierte Väter ihre erst seit kurzer Zeit organisierten Töchter wieder abgemeldet hätten. Zum Schluß teilte der Vorsitzende mit, daß auf der letzten Vorstands- und Vertrauenspersonenversammlung beschlossen wurde, einen Ausflug zu unserem Kollegen Robert Fahren zu machen. Hoffentlich wird die Zahl der Mitglieder, welche den Ausflug mitmachen, so groß sein, daß die Sache auch nach außen hin den notwendigen Eindruck macht.

Konstanz a. S. Die Stellung unserer Mitglieder zu den Sozialbeiträgen kam in der Versammlung vom 13. Aug. zum Ausdruck. Zunächst erstattete Kollege Pastucha den Kassenbericht vom 2. Quartal 1911. Kollege Jungnickel hielt dann einen Vortrag über „Die christl. Gewerkschaften im Jahre 1910.“ Der Redner lenkte den Blick auf die großen Kämpfe des vergangenen Jahres und ihre Begleitergebnisse. An der Entwicklung der Mitglieder- und Kassenverhältnisse zeige sich, daß die christlichen Gewerkschaften aus den Kämpfen und Angriffen des vergangenen Jahres innerlich gestärkt und nach außen erstarkt hervorgegangen sind. Wie in anderen Industrien, müßten auch die Arbeiter in der Textilindustrie immer mehr mit größeren Kämpfen rechnen. Deshalb sei es vor allem notwendig, auf die Schaffung eines größeren Kampffonds Bedacht zu nehmen, um den kommenden Kämpfen gewappnet gegenüber zu stehen. Als 3. Punkt der Tagesordnung wurde die Wahl eines Delegierten zur Bezirkskonferenz in Neustadt getätigt. Als letzter Punkt fand eine Aussprache statt über die Vorteile, welche aus der Erhebung von Sozialzuschlägen erwachsen. In der Diskussion, an welcher sich erfreulicher Weise diesmal eine Anzahl von Kollegen beteiligte, sprach man sich allgemein für die Einführung eines wöchentlichen Sozialbeitrages aus. Jedoch wurde die Beschlußfassung über diesen Punkt vorläufig zurückgestellt, da nur die reichliche Hälfte der Mitglieder anwesend war. Es wurde beschlossen, zur nächsten Versammlung die Mitglieder speziell mit dem Hinweis auf die Einführung eines Sozialzuschlages einzuladen. Unter „Verschiedenes“ wurde in Aussicht genommen, am 10. Sept. mit den Bauhandwerkern gemeinsam einmal ein kleines Sommervergnügen abzuhalten, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Oberhausen. Am 12. Aug. hielt unsere Ortsgruppe eine Mitgliederversammlung ab, in der die Kollegin Garder über die Bedeutung der Organisation, besonders für die Arbeiterinnen, sprach. Dann wurde u. a. die vom Vorstand angeregte Einführung eines monatlichen Sozialbeitrages von 5 Pfg. besprochen. Verschiedene Kollegen schlugen vor, diesen Beitrag für die männlichen Mitglieder 14-tägig zu erheben. Die Kolleginnen wollten indes das selbe leisten wie die männlichen Kollegen, und es wurde dementsprechend die Einführung eines 14-tägigen Sozialbeitrages von 5 Pfg. für sämtliche Mitglieder beschlossen.

Soziale Rundschau.

Warum das Fleisch nicht billiger wird, setzt die „Süddeutsche nationalliberale Korrespondenz“ mit anerkannter Offenheit auseinander. Das genannte Blatt hebt mit Recht hervor, daß gegenwärtig von einer Viehknappheit und damit verbundenen hohen Fleischpreisen keine Rede sein könne. Auf dem Lande ständen die Schweine zu 35, ja 33 Pfg. das Pfund zum Verkauf. Obwohl die Bauern bei diesen Preisen Geld zusehen könnten sie ihr Vieh nicht los werden. Trotzdem würden die Fleischpreise bei den Messern nicht billiger. Wenn im Winter die Ställe geräumt seien und die Viehpreise in die Höhe gingen, dann seien die Zwischen- und Detailhändler mit Preisserhöhungen gar nicht säumig, dabei würden sie von der linksstehenden Presse, die angeblich die Interessen des kleinen Mannes vertreten wolle, aufs trügliche unterstützt. Die Heberagrater seien dann die Uebelthäter und die Volkseigenen und die Volksernährung könne nur gerettet werden durch Dämpfung der Grenzen, Abschaffung der Tuberkulinproben u. d. m. Merkwürdigerweise sei jetzt, wo Zwisch- und Detailhandel die Hochkonjunktur hebe und haariges Geld verdienen, alles in größter Höhe bei der linksstehenden Presse. Diese Kennzeichnung erfährt eine treffliche Illustration durch eine Gegenüberstellung der Fleischpreise, welche die Militärverwaltung im Gegensatz zu den Konsumenten zahlt. In nachstehender Zusammenstellung sind in der ersten Spalte die Preise aufgeführt, welche die Intendanturen in Königsberg, Danzig, Stettin, Bromberg, Posen, Breslau, Berlin (Gardetropf), Frankfurt a. O.,

Brandenburg, Magdeburg, Halle a. S., Altona, Schleswig, Hannover, Münster i. W., Düsseldorf, Köln-Deutz, Koblenz, Wiesbaden, Frankfurt a. M. und Kassel für das Fleisch zahlten. In der zweiten Spalte sind die Detailpreise in den Großstädten daneben gestellt für die gleichen Sorten im selben Zeitabschnitt.

	Preis pro Kilogramm militärischer Mittelpreis	großstädtischer Detailpreis
1. Ochsenfleisch	1,36 M.	1,80 M.
2. Kuhfleisch	1,31 "	1,60 "
3. Rinderschmorbraten	1,46 "	2,40 "
4. Moulade	1,60 "	3,00 "
5. Gehacktes Rindfleisch	1,45 "	2,20 "
6. Rindfleisch	1,50 "	2,00 "
7. Kalbfleisch	1,35 "	2,00 "
8. Kalbsbraten	1,56 "	2,00 "
9. Kalbskoteletts	1,60 "	2,40 "
10. Kalbsschmelz	2,30 "	2,80 "
11. Hammelfleisch	1,42 "	1,80 "
12. Hammelbraten	1,50 "	2,00 "
13. Schweinefleisch	1,23 "	1,80 "
14. Karbonade	1,62 "	2,40 "
15. Gehacktes Schweinefleisch	1,54 "	2,00 "
16. Schweineleber	1,55 "	2,40 "

Es ist allerdings richtig, daß an die Militärverwaltung verhältnismäßig billiger geliefert werden kann, weil sie große Posten kauft. Dazu sagt nun u. E. mit Recht die Zentralkasse der preussischen Landwirtschaftskammer, die scharfen und eingehenden militärischen Lieferungsbedingungen garantierten eine Qualität, wie sie besser durchschnittlich in den Fleischläden nicht geführt wird. Vergleicht man diese Preiszusammenstellung mit den Angaben der „Süddeutschen nationalliberalen Korrespondenz“, so ist die große Verteuerung durch Zwischen- und Kleinhandel in die Augen springend. Dagegen gibt es nur ein Heilmittel, Stärkung der Konsumgenossenschaften. Angesichts solcher Sachlage will uns die sachliche Berechtigung des Antrages Hammer zur Eröffnung der Konsumvereine nicht nur nicht einleuchten, sondern uns scheint die Umgebung des Antragstellers, welche doch die größten Fleischproduzenten sind, schnitten sich ins eigene Fleisch.

Versammlungskalender.

- Barmen. 28. August, 8 1/2 Uhr, bei Martin, Parlamentstr. 1.
- Bocholt. 27. August, 10 Uhr, im Arbeitervereinshaus, Abrechnung der Vertrauensmänner.
- Berchlag. 27. August, 6 Uhr, bei Fritz von der Sinnenp. Fork (Laufig). 28. August, 8 Uhr, im „Prälaten“, Gerberstr., öffentliche Versammlung.
- M. Gladbach-Beck. 2. September, 8 1/2 Uhr, bei Huber, Nußbaum.
- Gresen. 26. August, 8 1/2 Uhr, bei Ww. Wininghoff, Vorstands- und Vertrauensmännerversammlung.
- 1. September, 8 1/2 Uhr, bei Wininghoff, Generalvers.
- Krefeld. 27. August, 12 Uhr, im Lokale des Arbeitervereins.
- Neuenkirchen. 27. August, 11 1/2 Uhr, bei Emil Jörling.

V. Verbandsbezirk Bocholt-Gronau.

Am 10. September findet in Coesfeld im „Hotel zum Lindenhof“ unsere diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz statt, beginnend vormittags 10 1/2 Uhr.

Die Ortsgruppen sind freundlichst gebeten, die erforderlichen Wahlen (§ 40 des Statuts) vorzunehmen.

Näheres, insbesondere die zu beratenden Gegenstände, werden den Ortsgruppen durch Rundschreiben bekannt gegeben.

Mit kollegialem Gruß!
Bernh. Otte, Bezirksleiter.

VII. Verbandsbezirk Hannover.

Die diesjährige Bezirkskonferenz findet am 17. Sept. in Hannover-Linden statt. Die Ortsgruppen werden gebeten, die erforderlichen Wahlen (§ 40 des Statuts) vorzunehmen. Alles Nähere wird den Ortsgruppen durch Rundschreiben bekannt gegeben.

Mit kollegialem Gruß!
Adolf Lensing, Bezirksleiter.

Inhaltsverzeichnis.

Selber wirken! — Artikel: Arbeitervereine und Gewerkschaften. — Sozialdemokratische Partei und „freie“ Gewerkschaften. — Kammernde Genossen. — Zur Fortbildungspflicht der gewerblichen Arbeiterinnen. — Die Kreselder Seiden- und Textilindustrie und Färberei im Jahre 1910. — Feuilleton: Aus dem Berufsleben und der Gedankenwelt der Arbeiterinnen. — Aus der Arbeiterbewegung: Die internationale Konferenz christlicher Textilarbeiterorganisationen. — Wenn's gegen den Gegner geht! — „Christliche Streikbrecherdienste“. — Sozialdemokratische Preisrücker und Tarifbrecher. — Aussperrung der christlich organisierten Labararbeiter des Niederrheins. — Kronzeugen der Scharfmacher. — Eine interessante Feststellung. — Wer nicht pariert, der fliegt. — Soziale Anarchie in Frankreich. — Ein weiterer Beitrag zur „Neutralität“ der „freien“ Gewerkschaften. — Der Verband katholischer Gesellensvereine im Jahre 1910. — Aus unserer Industrie: Bekommen wir ein Reichsterkamt? — Die Rohstoffbeschäftigung in der deutschen Textilindustrie. — Zum Streit um die japanischen Seidengewebegebiete: Amerika Industriespionage? — Aus dem Verbandsgebiete: An unsere Ortsgruppenvorstände. — Arbeitslosen-Verichterstattung. — Zur Frage der Sozialbeiträge. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreistellungen: M. Gladbach. — Aus unseren Bezirken: Bezirk M. Gladbach. — Der christliche Textilarbeiterverband in Baden. — Berichte aus den Ortsgruppen: Hof a. d. S. — Lobberich. — Konstanz a. S. — Oberhausen. — Soziale Rundschau: Warum das Fleisch nicht billiger wird. — Versammlungskalender. — Anzeigen.